

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(Dabei 67 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3.07 M., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 72 Pf. Postbestel-
lungsgebühren, Auslandsendungen 8.85 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckzinsenporto 4.05 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe
„Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A D) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. H. u. Ditt.-Gef., Depositenk., Fernsachamer Str. 65-66.

Dienstag
23. Februar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die Einzelpart. 20 M. (Mietpreis 20 M.)
„Kleine Anzeigen“ das festgebundene Wort 20 Pf.
täglich zweifachgedruckt, jedes
weitere Wort 10 Pf. Rabatt 12. Tarif.
Werte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Werbemarkt-Mitglieder
25 Pf. Familienangehörigen 15 Pf.
Anzeigenannahme
im Hauptgeschäftsbüro
von 8 1/2 bis 12 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Goebbels ernennt Hitler.

Und Hugenberg proklamiert Duesterberg.

Gestern nachmittag beschloßen die Deutschnationalen und der Stahlhelm für den Fall, daß Hitler kandidieren werde, „um auch die letzte nationale Stimme im Kampfe gegen das heutige System zu erfassen“, gemeinsam den zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, als ihren Kandidaten für den ersten Wahlgang aufzustellen.

Am Abend teilte in einer nationalsozialistischen Versammlung im Sportpalast Goebbels mit, daß Adolf Hitler als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt werde.

Wie Goebbels Hitler machte.

Nachdem Dr. Goebbels in der Generalmitgliederversammlung der NSDAP, etwa eine Stunde gesprochen hatte, kam er auf die Präsidentschaftsfrage zu sprechen und erklärte dazu u. a.:

Als vor vier Wochen zum erstenmal in diesem Saale diese Frage aufgeworfen wurde, da standen spontan 15 000 Menschen auf und jubelten dem Namen unseres Führers zu. Heute, Parteigenossen, bin ich vielleicht der erste Glückliche, der Ihnen sagen darf, Hitler wird unser Reichspräsident.

Bei diesen Worten brach im Saal minutenlanges Beifall aus, der sich in Heilrufe auflöste. Dr. Goebbels fuhr dann fort: Ich weiß, Ihr seid Euch der Größe dieser Stunde bewußt. Ich weiß wohl, daß Ihr mich versteht, wenn ich sage, Hitler wird unser Reichspräsident, und nicht vorausschicke, unser Kandidat. Denn wenn ich sage, er wird unser Kandidat, dann weiß ich auch, daß er unser Reichspräsident wird. Hitler selbst war in der Versammlung nicht anwesend.

Hitler gegen Hindenburg — das ist eine ganz klare Situation. Die Nationalsozialistische Partei setzt alles, alle Hoffnungen des Faschismus, auf die Karte der Präsidentschaftswahl. Sie will ein Plebiszit für die faschistische Diktatur, dem der faschistische Staatsstreich nachfolgen soll. Die Kandidatur Hitlers wird jedem die Augen öffnen, der das noch nicht erkannt haben sollte!

Diese Kandidatur bereitet übrigens den Harzburger Bundesbrüdern schwere Verlegenheiten.

Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm haben beschloßen, den zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Duesterberg, als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl aufzustellen, falls die NSDAP Adolf Hitler als ihren Präsidentschaftskandidaten ausruft werde. Dieser Beschluß zeigt, daß die Verhandlungen der Harzburger untereinander über eine Einheitskandidatur endgültig gescheitert sind. In der Hugenberg-Zeitschrift „Das freie Deutschland“ konnte man noch vor kurzem lesen:

„Die Frage, welche Partei in der nationalen Opposition den Kandidaten für die Präsidentschaft aus ihren Reihen bestimmen soll, ist nahezu müßig. Selbstverständlich die bei weitem stärkste Partei. Dabei muß es ebenso natürlich sein, daß gleichzeitig eine feste Aussprache über ein klar umrissenes Mindestprogramm getroffen wird, das nach dem Sieg in Angriff zu nehmen ist, auch darüber, von wem es durchgeführt werden soll.“

Man sieht hier, daß nicht nur über die Personenfrage wochenlang innerhalb der Harzburger Front verhandelt worden ist, sondern auch über die Frage, was nach dem Siege eines Harzburger Kandidaten zu geschehen habe. Die Herrschaften haben sich in dreiwöchigen Verhandlungen über die Verteilung des Felles des Bären, den sie noch nicht erlegt haben, auseinandergesiegt. So geht durch weifenlose Träume die beste Freundschaft aus dem Leime! Sie konnten sich weder über die sachlichen Fragen eines künftigen faschistischen Regimes noch über die personellen Fragen einigen. Sie wollten nicht nur einen Präsidentschafts-

Parteivorstand entscheidet

Ueber die Frage der Reichspräsidentenwahl

Der Parteiaussschuß der Sozialdemokratischen Partei nahm am Montag ein längeres Referat des Parteivorstehenden Otto Wels über die gegenwärtige politische Lage im Hinblick auf die Reichspräsidentenwahl entgegen. Der Parteiaussschuß wiederholte einstimmig die dem Parteivorstand bereits erteilte Vollmacht, die endgültige Entscheidung zur Reichspräsidentenwahl zu gegebener Zeit von sich aus zu treffen.

kandidaten aufstellen, sondern sie haben zugleich auch noch den Reichsanwalt- und die Ministerposten verteilen wollen. Dabei sind sie sich gründlich in die Haare geraten!

Warum Duesterberg und nicht Hugenberg selber? Hugenberg ist zu schlau, als daß er sich selber exponiert hätte. Der Kandidat, den Deutschnationale und Stahlhelm gemeinsam aufstellen, ist zu ganz kläglichem Durchfall bestimmt. Bei der letzten Reichstagswahl musterten die Deutschnationalen — und das bedeutet Deutschnationale und Stahlhelm zusammen! — noch nicht 2,5 Millionen Stimmen. Die Kandidatur Duesterberg ist also die schwächlichste Jähstundkandidatur, die es gibt. Herr Duesterberg aber ist der zweite Bundesführer des Stahlhelms. Und schneidet er, wie zu erwarten, kläglich ab, so wird die Niederlage auf seine Organisation zurückfallen, während Herr Hugenberg selber weniger diskreditiert ist. Die Ehre des Herrn Duesterberg, als Durchfallskandidat am Schwanz der Kandidatenliste anzuhängen, wird also der Stahlhelm mit einer kräftigen Pleite bezahlet müssen!

Schwarzweißroter Wahlblock.

Wie von deutschnationaler Seite bestätigt wird, haben die Deutschnationalen und der Stahlhelm den Oberstleutnant a. D. Duesterberg als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Die Deutschnationalen und der Stahlhelm haben sich zum schwarzweißroten Wahlblock zusammengeschlossen.

Die große Sanierung.

Der Staat als Wirtschaftskretter.

Von Fritz Naphtali.

Es gibt äußere Vorgänge, die blühartig den Charakter der gestern vollzogenen Sanierung der deutschen Großbanken schärfer beleuchten als alle Einzelbildungen. Alljährlich, wenn die Großbanken ihre Abschüsse vorlegen, laden sie die Vertreter der Presse zu erläuternden Besprechungen ein. Gestern fanden die Aufsichtsratsitzungen und Pressebesprechungen bei allen Berliner Großbanken am gleichen Tage statt, und, was das Entscheidende ist, sie gipfelten in einer Besprechung, die nicht mehr in den Büros der Großbanken, sondern im Reichsfinanzministerium stattfand. Und die Rundfunkrede, die dem deutschen Publikum den Vorgang der Bankenreparatur erläutern sollte, hielt keiner der beteiligten Bankdirektoren, sondern der Herr Reichsfinanzminister!

Der Reichsfinanzminister Dietrich, der Reichsbankpräsident Dr. Luther und die Herren Staatssekretäre Schäffer und Trendelenburg sind bei den Worten, mit denen sie die große Sanierungsaktion der deutschen Banken begleitet haben, nicht müde geworden, immer wieder zu versichern, daß sie nicht etwa die böse Absicht hatten oder haben, die Banken zu sozialisieren oder auch nur Macht und Einfluß des Reiches im deutschen Bankwesen dauernd auszubauen. Die Funktionäre des Staates haben — leider — nicht mit dem Willen zur Macht gehandelt in der Richtung, die wir im Interesse der Befundung der Gesamtwirtschaft für notwendig halten, in der Richtung des zielbewußten Ausbaues der Oberhoheit des Staates als Sachwalter der Interessen der Gesamtheit über das private Bankwesen. Aber wenn auch der Wille gefehlt hat und wenn auch dieses Fehlen klarer Zielsetzung in gewissem Umfange Verlegenheitslösungen an die Stelle einer planvollen und organischen Neugliederung des Bankwesens unter Zusammenfassung aller öffentlichen Zweige des Bankwesens gesetzt hat, so sind doch die hohen Funktionäre des Reiches und der Reichsbank wider Willen zu Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung geworden. Die Entwicklung hat die ideologischen Vorkämpfer der freien Wirtschaft gezwungen, den „Vater Staat“, den sie so gerne aus der Wirtschaft herausdrängen wollen, um Hilfe anzurufen. Der Staat mußte diesem Ruf folgen, weil mit der Erschütterung des Kreditystems nicht nur die privaten Interessen der unmittelbar Beteiligten, sondern darüber hinaus Interessen der Gesamtwirtschaft, Arbeitsmöglichkeiten für Millionen bedroht waren. Der Staat konnte mit den Mitteln der Allgemeinheit nicht helfend eingreifen, ohne sich gleichzeitig Einfluß auf die Bankführung in erheblichem Umfange zu sichern. Er hat dieser von uns vertretene Forderung, entsprechend der Einstellung seiner Funktionäre, nur zögernd und unentschlossen nachgegeben. Aber trotz alledem ist etwas dabei herausgekommen, was den Einfluß und die Verantwortung des Reiches für das deutsche Bankwesen gewaltig verstärkt hat. Man mag diese Zwischenlösung gemischt-wirtschaftlich oder staatskapitalistisch nennen. Auf jeden Fall werden wir sie nur als einen Uebergang zu neuen Wirtschaftsformen anerkennen, bei denen klarer und eindeutiger die Oberhoheit des Staates als Sachwalter der Interessen der Gesamtheit gegenüber den privatkapitalistischen Interessen gesichert wird. Das Tempo der Entwicklung hängt auch hier von der politischen Machtgestaltung, von der Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratie, ab. Aber die Entwicklungstendenzen sind so mächtig, daß sich ihnen auch diejenigen nicht entziehen können, die es als öffentliche Funktionäre noch immer für notwendig halten, sich zu entschuldigen, daß sie mit und nicht gegen den Geist einer neuen Zeit wirken müssen.

Sämtliche deutschen Großbanken haben auf Grund der internationalen und nationalen Kredit- und Wirtschaftskrise von 1931 schwere Verluste erlitten. Gewiß bestehen, teils zufällig, teils durch die Qualität der Geschäftsführung bedingte Gradunterschiede. Aber das Entscheidende ist, daß das Bedürfnis nach Bilanzbereinigung, das Bedürfnis nach Kapitalherabsetzung zu Abschreibungen und nach Wiederauffüllung des herabgeleiteten Kapitals als Kreditgrundlage bei allen großen Büalbanken gegeben ist, und daß sie, wenn auch in verschiedenen Formen, alle der öffentlichen Hilfe bei der Durchführung der Sanierung nicht entraten können. Es ist bei dieser Lage als zweckmäßig anzuerkennen, daß man gleichzeitig, mit einem Schlage, die notwendigen Sanierungen durchführt, damit nicht nutzlos neue Einzelbeurteilungen und Kundenver-

Die Sanierung der Banken.

Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichsbankpräsidenten.

Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsbankpräsident Doktor Luther gaben gestern nachmittag zu dem Bankenreparaturwerk Erklärungen ab. Der Reichsfinanzminister sagte, daß jetzt die Bilanz aus den Ereignissen des vorigen Jahres gezogen werde. Die Vorwürfe, daß nicht früher etwas geschehen sei, seien unberechtigt. Die Bankenreparatur sei nicht früher möglich gewesen, weil umfangreiche Prüfungen der Gesamtlage der Banken und die Neuregelung der Stillhaltung vorher notwendig gewesen seien. Der richtige Zeitpunkt sei der der Bilanzveröffentlichung der Großbanken gewesen. Dabei habe die Gleichzeitigkeit der Aktion für alle Banken gesichert werden müssen, um die Schädigung einzelner Banken zu verhindern. Eine neue Beurteilung der Bevölkerung wäre unvermeidlich gewesen, wenn nicht die eingetretene Verteilung am gleichen Tage auf der ganzen Linie aufgezeigt worden wären. Darauf gab der Reichsfinanzminister die Maßnahmen im einzelnen bekannt (siehe den Wirtschaftsleit).

Man könne jetzt sagen, so führte Dietrich weiter aus, daß die Banken gründlich bereinigt sind. In den letzten Monaten seien auch Fortschritte an anderen Orten gemacht worden. Seit dem Monat Dezember hätten die Sparkassen 300 Millionen Mark der bei der West- und Garontbank in Anspruch ge-

nommenen Kredite zurückzahlen können. Reich und Reichsbank stehen weiterhin bereit. Was jetzt nötig sei, sei nur Ruhe und Besonnenheit des Volkes. Es sei ein Zustand geschaffen worden, auf dem man weiter aufbauen könne.

Reichsbankpräsident Luther wies auf die Unge- wöhnlichkeit der Tatsache hin, daß die Reichsbank Mittel zur Stärkung der Banken und besonders zum Erwerb von Bankbeteiligungen herbeige. Wäre das aber nicht geschehen, so hätte die Reichsbank ihre Mittel an anderer Stelle einsetzen müssen, und zwar bei ihren eigenen Forderungen. Man habe jetzt den Weg der volkswirtschaftlichen Refereverstellung gewählt, der besser sei als der privatwirtschaftlichen bei der Reichsbank.

Die Notverordnung zur Bankenreparatur.

Durch eine besondere Notverordnung ist die Reichsregierung ermächtigt worden, das Reich an Bankunternehmungen zu beteiligen, für einzelne Fälle Abweichungen von den Vorschriften des Handelsrechts zuzulassen, Sicherheiten zu Lasten des Reichs zu übernehmen, Beträge bis zu insgesamt 250 Millionen Mark zu verausgaben und bis zu 400 Millionen Mark im Wege des Kredits zu beschaffen.

Schiebungen sich vollziehen. In jeder kapitalistischen Krise führt der Weg zur Wiederherholung über die Abbuchung von Kapitalverlusten. Man hat sich in Deutschland im Verlauf dieser Krise an vielen Stellen allzu lange geschaut, die wirklich eingetretenen Verluste auch buchnäßig durch Kapitalabschreibungen anzuerkennen und dadurch auf neuer Bilanzgrundlage unter Ausmerzungen der nicht erhaltbaren Unternehmungen die lebensfähigen Unternehmungen neuer Arbeit entgegenzuführen. Es ist zu begrüßen, daß wenigstens jetzt bei den Großbanken einheitlich eine Bilanzbereinigung und Kapitalherabsetzung vorgenommen wird. Es ist zu hoffen, daß sie weit genug geführt ist, um die Möglichkeit zu geben, im Anschluß an die Bankenbereinigung auch die erforderlichen Sanierungen durch Streichung von Eigenkapital und nötigenfalls von Schulden auf noch unbereinigten Industriegebieten vorzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Vorwärtstreiben des Sanierungsprozesses der Erleichterung einer Wiederbelebung in der Wirtschaft dienen.

Da die Banken als Durchgangsstellen des Kapitalstroms in erster Linie fremde Gelder verwalten, ihre Funktionsfähigkeit also auf dem Vertrauen, das sie genießen, beruht, können ihre Eigenkapitalien nicht beliebig tief herabgesetzt werden, ohne daß eine zwangsläufige Schrumpfung der Kredite eintritt. Deshalb mußte nach der Zusammenlegung der Aktienkapitalien, die bei der Dresdner, Danat- und Commerz- und Privatbank im Verhältnis von 10:3, bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft im Verhältnis von 10:4 erfolgt, sogleich eine gewisse Wiederauffüllung von Kapital und Reserven vorgenommen werden. Bei der mangelnden Aufnahmefähigkeit des privaten deutschen Kapitalmarktes mußte an diesem Punkte die Hilfe der öffentlichen Hand einfließen. Die beiden schon seit der Julikrise vom Reich betreuten Institute, Dresdner und Danat-Bank, werden fusioniert. Ihr Aktienkapital wird in Zukunft zu 150 Millionen beim Reich, zu 50 Millionen bei der Reichsbank angegliederten Golddiskontobank liegen, und nur weniger als 30 Millionen Aktien werden noch in privaten Händen verbleiben. Ueber die Kapitalabgabe hinaus stellt das Reich 23 Millionen Mark in Schatzanweisungen als Bilanzreserve und noch weitere Mittel als Liquiditätsreserve zur Verfügung. Es entsteht hier also ein ganz großes, vollkommen vom Reich beherrschtes Institut, das mit allen erdenklichen Sicherungen umgeben wird.

In die Commerz- und Privatbank wird der Barmer Bankverein übergehen. Auch das ist charakteristisch: man zog aus mit der Parole, unter Loslösung von Berlin das regionale Bankwesen in den einzelnen Landesstellen zu fördern, und man kehrt heim mit der zentralistischen Angliederung der größten westdeutschen Provinzbank an ein Berliner Institut. Der Zwang zur Zentralisierung ist stärker als partikularristische Gefühle. Auch die erweiterte Commerz- und Privatbank erhält nach der Zusammenlegung von einem Gesamtkapital von 80 Millionen Mark 56 Millionen durch Golddiskontobank und Reich und darüber hinaus Reservemittel in unverzinslichen Schatzanweisungen des Reiches. Also auch hier wird die Mehrheit in Zukunft bei der öffentlichen Hand liegen. Etwas anderes ist die Konfuktion bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft. Hier werden von 72 Millionen Mark neu ausgegebenes Kapital 22 Millionen an private Gruppen gegeben, während die restlichen 50 Millionen, wie es heißt „vorläufig“, auch von der Golddiskontobank übernommen werden.

Mit Einzelheiten der Sanierungsaktion wollen wir uns an dieser Stelle nicht beschäftigen. Entscheidend ist, daß, wenn man die unmittelbar von dem Reich in der Form von Schatzanweisungen und die mittelbar aus öffentlichen Geldern von der Golddiskontobank zur Verfügung gestellten Summen zusammenrechnet, sich ein Einsparungen der öffentlichen Hand ergibt, das mehrere hundert Millionen Mark ausmachen dürfte. Wir glauben, daß — auch wenn wir eine mehr von konstruktiven Gedanken als von augenblicklichen Verlegenheiten ausgehende Reorganisation der Bankwirtschaft gewünscht hätten — die Hilfeleistung mit Mitteln der Gesamtheit auf diesem Gebiete unvermeidlich und notwendig war, um weitere Kreditstörungen und damit verbundene Wirtschaftsschrumpfungen zu verhüten. Wir begrüßen es bei dieser Lage, daß an den entscheidenden Stellen die öffentliche Hand nicht nur zum Gläubiger, sondern zum Kapitalträger der Bankwirtschaft geworden ist. Wir wissen, daß den Bankdirektoren und leider auch manchen Sachwaltern der öffentlichen Hand als Ziel vorschwebt, anstatt die gegebene Lage zum Ausgangspunkt planmäßiger öffentlicher Führung zu machen, möglichst schnell den Weg zur Reprivatisierung zu suchen. Gerade weil wir diese Einstellung kennen, wird es unsere Aufgabe sein, dafür zu kämpfen, daß dem Schritt vorwärts, der jetzt zwangsläufig in der Ausgestaltung des öffentlichen Einflusses auf die Bankwirtschaft gegangen worden ist, nicht bald wieder ein Schritt zurück folgt, sondern daß der neue Stand zum Ausgangspunkt einer organischen Zusammenfassung aller öffentlichen Kräfte im Bankwesen gemacht wird, mit dem Ziel, der Sicherung staatlicher Herrschaft und Führung im Bankwesen und damit in der Gesamtwirtschaft.

Für die Männer, die heute wider ihren Willen die Poststrecke einer neuen Wirtschaftsentwicklung sind, gilt das Wort: „Du denkst zu schiefen, doch du wirst geschoben.“ Für uns Sozialisten gilt es, Macht zu gewinnen, um planmäßig im Einklang mit den Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft die Führung auf dem Wege zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus zu übernehmen.

In Kaschmir, dem Hochland zwischen Tibet und Indien, hat es recht große Unruhen gegeben. Seit ist der Premierminister aus angeblichen Krankheitsgründen zurückgetreten und — ein englischer Oberst Calvin regiert die Bewohner dieses Landes, das in jeder Hinsicht sehr englandfremd ist.

Acht Jahre Reichsbanner.

Massenkundgebung der Eisernen Front in Magdeburg.

Magdeburg, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Mit einer gewaltigen Massenkundgebung wurde in der großen Stadthalle die achte Wiederkehr des Gründungstages des Reichsbanners gefeiert. Nachdem eine Reichsbannerkapelle die Kundgebung durch einen Marsch eingeleitet hatte, marschierten unter Trommelschlag von allen Seiten die Bannerträger, die Gruppen der Roten Falken, die Reichsbannerformationen und die Arbeiterportier in ihrem Dreck ein. Hinter ihnen kamen, von Beifallsstürmen überschüttet, die Männer und Jünglinge der Hammerschaften. Jeder von ihnen trug einen großen Ambosshammer in den Händen. Die festgefühten Gruppen formierten sich auf dem weiten Podium hinter den Trommeln des Reichsbanners. Von der Bühne grüßten zwei riesige Transparente, die das Sinnbild der Eisernen Front, den von einer Arbeiterfaust umspannten Hammer zeigten.

Reichstagsabgeordneter Feri begrüßte mit dem Hinweis auf den Geburtstag des Reichsbanners die Redner.

General von Deimling, der zuerst das Wort nahm, erklärte: Wenn ich als 79jähriger Mann die Ehre habe, hier vor der Eisernen Front zu sprechen, so deshalb, weil ein alter Soldat seinen Posten nicht verläßt, sondern dem Vaterlande dient, solange er kann. Unser Gelübnis, das wir am Gründungstage des Reichsbanners abgaben, an der deutschen Republik niemals rütteln zu lassen, gilt auch heute noch, und wir werden es bis zum Ende halten. Deutschland kann nur auf dem Boden des heutigen Staates aus dem Elend herausgeführt werden. Und das weiß niemand besser als der Reichspräsident von Hindenburg, der sich darum bereit erklärt hat, auf seinem verantwortungsvollen Posten weiter zu verharren. So hat er das Angebot des Stahlhelms, seinen Reichstanzler stellen zu lassen, zurückgewiesen. Im

Dritten Reich, das niemals kommen darf, wächst für Deutschland die Gefahr eines neuen Weltkrieges ins Riesenhafte. Die Humanität des Krieges ist schon immer gepriesen worden. Aber jedesmal, wenn die harten Forderungen des Krieges da sind, ist die Phrase von der Humanität vergessen. Die wahren nationalen Männer in Deutschland sitzen nicht in der Harzburger Front, sondern sie stehen bei uns in der Eisernen Front. Deshalb bleibe auch ich bei euch und werde mit euch kämpfen bis zum letzten Atemzuge.

Nachdem der Beifall sich gelegt hatte, kündigte der Sprecher den Redner der Sozialdemokratischen Partei, Wilhelm Dittmann, an: Das politische Thermometer, sagte Dittmann, steht auf Sturm. Die alten Nachthaber, die Deutschland 1914 in den Weltkrieg und 1918 in den Zusammenbruch führten, sind wieder erwacht, Hitler ist staatenlos, weil er sich 1912 um seine Dienstpflicht in seiner österreichischen Heimat gedrückt hat. Später wurde er im Kriege in Deutschland Freiwilliger, weil er sonst an Oesterreich ausgeliefert worden wäre. Die Eisernen Front wird dafür sorgen, daß 1932 Hitler nicht an die Macht kommt, und daß der Faschismus auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wird.

Nacheinander sprachen dann für die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter Peter Grafmann, für die Angestellten Siegfried Aufhäuser, der darauf hinwies, daß der Jahrestag der Bundesgründung des Reichsbanners zusammenfällt mit dem 20. Geburtstage George Washingtons, des großen Vorkämpfers für Freiheit und Demokratie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Albert Falkenberg rief die Beamten auf, sich in die Eisernen Front einzureihen, und Felix Wildung ermahnte die Arbeiterportier zum festen Durchhalten im Kampf bis zum Siege der Demokratie.

Nachspiel zum Reichswehrrerlaß.

Ein Briefwechsel mit General Schleicher.

Genosse Georg Schöpflin übergibt folgenden Briefwechsel der Öffentlichkeit:

Generalleutnant v. Schleicher Berlin W 10, 16. Februar 1932. Reichswehrministeriam.

Sehr geehrter Herr Schöpflin!

Sie haben im „Vorwärts“ einen Artikel erscheinen lassen, der mich recht unangenehm berührt hat. Vor allen Dingen, weil er wenig schöne persönliche Angriffe enthält, eine Kampfesweise, die ich bei Ihnen noch niemals bemerkt habe. Ich bin Kamerader gewohnt. Es berührt mich aber immer wieder schmerzhaft, wenn ich einen Menschen, den ich bisher bei allem sachlichen Gegensatz stets besonders hoch geschätzt habe, aus der Liste der ritterlich kämpfenden streichen muß.

Wir kennen uns so lange, daß es für Sie ein leichtes gewesen wäre, den Weg zu mir zu finden, bevor Sie einen zwar sensationell aufgemachten, aber sachlich durchaus unrichtigen Artikel über mich veröffentlichten. Es wäre Ihnen dann erspart geblieben, völlig falsche Behauptungen über meine Person und meine Motive aufzustellen. Ich hätte von Ihnen, sehr geehrter Herr Schöpflin, nach Ihrer langen und intensiven Kenntnis der Dinge annehmen können, daß Sie wissen, daß das Reichswehrministerium, als dessen treibender Faktor Sie mich ja ansehen, seit seinem Bestehen stets dieselbe Linie verfolgt hat, nämlich die Linie, lediglich dem Staat zu dienen und sich den Interessen keiner Partei dienstbar zu machen. Wenn Sie einmal alle Reden und Kundgebungen des Herrn Reichswehrministers aus den letzten Jahren und den vom Ministeramt herausgegebenen „Leitfaden für Erziehung und Unterricht im Heere“ über die Einstellung der Wehrmacht zum Staat, so werden Sie diese Tatsache immer beständig finden. Ueber die größten sachlichen Unrichtigkeiten sind Sie bereits durch die Richtigstellung in der Pressekonferenz unterrichtet worden. Ich stehe Ihnen aber selbstverständlich auch noch zu einer mündlichen näheren Erläuterung zur Verfügung, falls Ihnen Klärung nicht wichtiger sein sollte als die Wahrheit.

Ich darf von Ihrer Loyalität erwarten, daß Sie auch diesen Brief den Lesern des „Vorwärts“ nicht vorenthalten werden und ihn mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung Ihr sehr ergebener

Auf dies Schreiben erhielt General von Schleicher die folgende Antwort:

Georg Schöpflin, M. d. R. Karlsruhe, 20. Februar 1932.

Sehr geehrter Herr General.

Wunschgemäß habe ich den Wortlaut Ihres Briefes dem gleichen Korrespondenzbüro zur Weitergabe an die Presse übermitteln, das meinen Artikel den Zeitungen zugänglich gemacht hat.

Sie sind durch meinen Artikel „sehr unangenehm berührt“, sehr geehrter Herr General, und Sie haben mich „aus der Liste der ritterlich kämpfenden“ gestrichen. Dagegen kann ich mich mit Erfolg nicht wehren, es gereicht mir aber innerlich zur Genugung, daß Sie, Herr General, mir im gleichen Briefe bescheinigen, daß Sie eine „wenig schöne persönliche Kampfesweise“ bisher bei mir nicht bemerkt haben. Während der nunmehr vierzig Jahre öffentlicher politischer und rund neunundzwanzig Jahre parlamentarischer Tätigkeit habe ich stets den allergrößten Wert darauf gelegt, daß mir der Vorwurf der persönlich gehässigen und unehrlichen Kampfesweise erspart bleibe. Zum ersten Male während dieser immerhin langen Zeit trifft mich aus Ihrem Briefe heraus ein solch harter Vorwurf.

Es ist durchaus richtig, Herr General, daß der Ton in meinem Artikel in einem schroffen Gegensatz zu den Gepflogenheiten steht, die wir bisher und seit ungefähr zwölf Jahren sowohl im schriftlichen wie mündlichen Verkehr gegenseitig beobachtet haben.

Herr General! Sie schreiben mir: „Ich bin Kamerader gewohnt.“ Glaube ich gern. Aber, Herr General, wir deutschen Republikaner, die wir in unersetzbarer Liebe und Treue zum deutschen Volke und zum deutschen Vaterlande stehen, geleitet von der klaren Erkenntnis, daß das deutsche Volk seinen schweren Weg ins Freie aus der heutigen Bedrängnis und Not nur mit Erfolg nicht gehen können, wenn die republikanisch-demokratische Grundlage des Reichs und seiner Länder nicht nur erhalten bleibt, sondern befestigt wird, wir sind auch an Kamerader gewohnt worden. Und aus dem „Bendlerblock“ heraus, Herr General, in dem Sie eine so entscheidende Stellung inne haben, ist uns auch des Kameraders wahrlich genug bespart worden.

Für den so unglücklichen Erfolg des Reichswehrministeriums der in allen republikanischen Kreisen ohne Unterschied der Partei

eine so tiefe und berechtigte Erbitterung ausgelöst hat, mache ich Sie, Herr General, in der Hauptsache verantwortlich. Ich lasse es dahingestellt, ob der Erfolg von Ihnen ausgeht, vielleicht als politische Nachwirkung des bekannten Frühstücks mit Herrn Wolf Hitler, aber wenn auch nicht, Sie, Herr General, gerade Sie mußten ihn verhindern, wenn eine andere Stelle die Initiative zu dem Erfolg ergreifen haben sollte.

Lagen etwa militärische Notwendigkeiten für einen solchen Erfolg vor? Nein! Der Andrang zur Reichswehr und zur Reichsmarine ist, verursacht durch die furchtbare Wirtschaftskrise, so stark, daß die Reichswehr mühelos ihren Personalstand aus ausgehenden Kandidaten verdoppeln könnte, wenn das möglich wäre. Darüber, Herr General, können alle Offiziere Sie befragen, die die Einstellung von Anwärtern zu bearbeiten haben, ebensowohl auch die Abgeordneten der meisten Parteien, an die zahlreich die Gesuche um Beförderung in die Reichswehr herangetragen. Die Reichswehr hat Erfolg in Hülle und Fülle; für die Mannschaften, für die Offiziere.

Was sind es politische Gründe und Erwägungen gewesen, die den Erfolg gelyt haben. Das Reichswehrministerium hat einen Kurswechsel gegenüber der Nationalsozialistischen Partei vollzogen, der nur noch schwer rein taktisch betrachtet werden kann.

Täglich erklären in Hunderten von Versammlungen, in zahllosen Zeitungsartikeln und Flugchriften die Herren Nationalsozialisten, daß sie, zur Macht gelangt, dieses „System“, d. h. die Weimarer Verfassung und die staatsrechtliche Grundlage des heutigen Staates restlos zerbrechen und diejenigen, die diesen Staat geschaffen, bisher erhalten und verteidigt haben, materiell und physisch vernichten werden. Vielleicht hat Ihnen, Herr General, Herr Adolf Hitler bei mündlichen Unterredungen „Versicherungen“ der „Legalität“ abgegeben. Aber, was sind diese „Versicherungen“ schon wert angesichts der Tatsache, daß ausnahmslos alle Unterführer der nationalsozialistischen Bewegung täglich die Gemütsanwendung und die gründliche Zerstörung der heutigen Staatsform propagieren? Herr Hitler hat wiederholt erklärt, daß in seiner Partei nichts ohne seine Kenntnis und nichts ohne seine Billigung geschehen könne. Also klärt er, wenn man seinen Worten Glauben schenkt, was seine Unterführer erklären.

Und da erleben wir das Schauspiel, daß ausgerechnet das Reichswehrministerium es fertig bringt, zu sagen, man könne eine Partei nicht entscheidend danach beurteilen, was einzelne nicht in erster Linie veramtensüchtige und maßgebende Persönlichkeiten sagen! Die Partei, deren Unterführer konsequent verkünden, daß sie die heutige Staatsform zerbrechen wollen, wird durch den Erfolg des Reichswehrministeriums nicht nur „legalisiert“, sondern förmlich auch noch vor aller Öffentlichkeit entschuldigt.

Daß das geschehen konnte, dafür sind Sie, Herr General, verantwortlich. Der Erfolg war ein politischer Akt, denn militärische Notwendigkeiten oder Erfordernisse haben ihn nicht bedingt. Und Sie sind der Mann der politischen Geschehens im Reichswehrministerium.

Zu meinem lebhaften und, Sie dürfen sich dessen versichert haben, Herr General, aufrichtigen Bedauern, bin ich nicht in der Lage, die sachliche Schärfe sehr zu mildern, die in meiner kritischen Betrachtung des Erfolges enthalten ist.

Genehmigen Sie den Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung, Ihr ergebener

Georg Schöpflin.

Briefwechsel Groener — Höfermann.

In der politischen Diskussion der letzten Tage hat der jüngste Erfolg des Reichswehrministers, der Nationalsozialisten den Zutritt zur Reichswehr ermöglicht und Ausführungen u. a. auch über das Reichsbanner enthält, eine gewisse Rolle gespielt. Der Bundesführer des Reichsbanners, Höfermann, hat wegen dieses Erfolges einen Brief an den Reichswehrminister Groener gerichtet, worin um eine Interpretation der Verfügung Groeners gebeten wird. Die Antwort des Reichswehrministers wird für Dienstag erwartet, so daß mit der Veröffentlichung dieses Briefwechsels spätestens Mittwoch früh zu rechnen ist.

Der ungarische Staatssekretär a. D. Emmerich Decht wurde wegen Veruntreuungen im Volkswohlfahrtsministerium zu Amtsverlust, erdgültiger Entziehung seiner Pension und 87 752 Pengö Schadenersatz verurteilt, die er binnen 60 Tagen zahlen muß.

Ostfars Heldentaten.

Der rettende Herzkrampf — ein verunglückter Frontausflug

Unsere Nachfrage nach den Heldentaten des deutschnationalen Hohenzollern-Oskar haben uns eine Anzahl sehr interessanter Zuschriften von Kriegsteilnehmern eingebracht. Ein Leser, der beim Grenadierregiment König Wilhelm I. den Feldzug mitgemacht hat, dessen „Kommandeur“ (pro forma) Oskar war, verweist uns auf die gedruckte Regimentsgeschichte. Diese verherrlicht zunächst in byzantinischem Uebermaß den Helden Oskar bei Schilderung eines Angriffs auf die Maashöhen (Seite 141). So liest man:

Mitten unter den vordersten Abteilungen, die so todesmutig vorrückten, befand sich unser Regimentskommandeur, S. Kgl. H. Prinz Oskar von Preußen. Nicht achtend des ununterbrochenen Gewehr- und Schrapnellfeuers stand der Prinz aufrecht, in der Hand das Gewehr eines Gefallenen haltend, und gab den neben ihm stehenden Führern ruhig seine Befehle. Begleitet schauten unsere Leute zu ihrem prinzipalen Führer auf, den sie, jeder Gefahr tragend, so heldenhaft unter sich sahen, usw. usw.

Hierzu bemerkt unser Einsender mit Recht, daß jeder einfache Soldat, der sich anders verhalten hätte, wegen Feigheit vor dem Feinde schwer bestraft worden wäre. Aber schon zwei Seiten später (Seite 143) nimmt das Heldentum Ostfars einen höchst kläglichen Ausgang. Die Regimentsgeschichte meldet:

Unser Regimentskommandeur, Prinz Oskar, war infolge der seelischen und körperlichen Anstrengungen des Kampfes schwer erkrankt. Herzkrämpfe machten es unserem hohen Führer unmöglich, weiterhin an der Spitze des Regiments zu verbleiben. Mitten im siegreichen Vordringen hatten ihn seine Kräfte verlassen. . . . Hiernach fuhr Prinz Oskar nach Weg zurück.

Herzkrämpfe durfte sich der simple Soldat nach noch so gewaltigen Anstrengungen nicht leisten. Der Herr Stabsarzt hätte ihn nicht nach Weg, sondern als „Drückerberger“ und „Simulant“ schleunigst an die Front zurückgeschickt. Erinnert man sich noch an das Schicksal des kriegsheimlichen Helmhake? Bei dreißig Grad Kälte war er in den Hochfarpalmen auf den Tod erkrankt. Der Stabsarzt wogerte sich, Helmhake nach hinten zu schicken. Sein Leutnant Hiller ließ ihn als „Simulant“ in einen eisfalten Unterstand ohne Nahrung einsperren. Als Helmhake sich beim Major von Köhler beschwerte, wurde er zur Strafe stundenlang an einen Baum gebunden (!). Kurz darauf ist H. an Krankheit, Kälte, Hunger und Erschöpfung gestorben. Die Reichspresse hat dies Verfahren des Leutnants Hiller im Interesse der „Disziplin“ gelobt. Welch Unterschied in der Behandlung eines Oskar und eines Helmhake!

Wie es sich mit Ostfars Verwundung verhält, darüber teilt uns ein früherer Angehöriger des Reserveinfanterieregiments 261 folgendes mit:

Das Regiment lag ungefähr 15 bis 20 Kilometer von Smorgon (Rußland) bei einem Dorfe Sajtso auf etwa 800 bis 1000 Meter den Russen gegenüber. Am 6. Februar 1916 sollte eine Besichtigung durch Hindenburg stattfinden der jedoch absagte. Statt seiner erschienen Prinz Oskar, General Eichhorn, General Vihmann und viele andere hohe Tiere. Die Herren benahmten sich jedoch standlos unvorsichtig, sie behielten ihre hohen Hüte auf, traten in Gruppen auf usw., so daß die russischen Fesselballons sehr bald das ungemohnte Treiben im Graben entdeckten. Nach wenigen Minuten schoß die russische Artillerie genau nach der Stelle des Besuchs. Dabei wurde einem Oberleutnant von Mangelbier glatt der Kopf vom Rumpfe getrennt. Oskar bekam einen Splitter in den Oberschenkel ab. Der pompöse Besuch endete mit einer überstürzten Flucht der hohen Gäste nach hinten. Der Sanitätär, der Oskar verband und abtransportierte, durfte dafür 14 Tage später ein Bild des Seretteten und 20 M. in Empfang nehmen.

Die Frontsoldaten wird es gewiß sehr wundern, wenn dieser Vertriebsunfall bei einem fürwichtigen Besuch mit ihren Leiden, Mühen und Gefahren auf gleichen Fuß gestellt wird.

Der kofspieliige Landbund.

Protesschrift des Abgeordneten Dorsch / Er muß es wissen

Darmstadt, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Der Reichstagsabgeordnete des heßischen Landbundes Dorsch ist aus dem heßischen Landbund und dem Reichslandbund ausgestiegen. Aus dem heßischen Landbund wegen dessen politischer Neutralitätserklärung, die nur eine verkappte Offenhaltung gegenüber den Nazis bedeute, und aus dem Reichslandbund wegen dessen Ablehnung der Kandidatur Hindenburgs als Reichspräsident. In einem Schreiben an ein oberheßisches Blatt bemerkte Dorsch zu seinem Austritt: „Wenn Präsidium und Vorstand des Reichslandbundes glauben, in dieser Schlüsselsfrage für alle Landbundmitglieder sprechen zu können, dann werden sie sich täuschen. Wo war in der Zeit des Zusammenbruchs die sogenannte „nationale Opposition“?“

„Mir scheint — so schließt Dorsch sein Schreiben —, daß die Leitung des Reichslandbundes mit vier Präsidenten und drei hochgezahlten, auf Lebenszeit angestellten Direktoren für die verarmte Landwirtschaft zu kofspieliig ist.“

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Noch heute Dienstag Rede des Reichstanzlers.

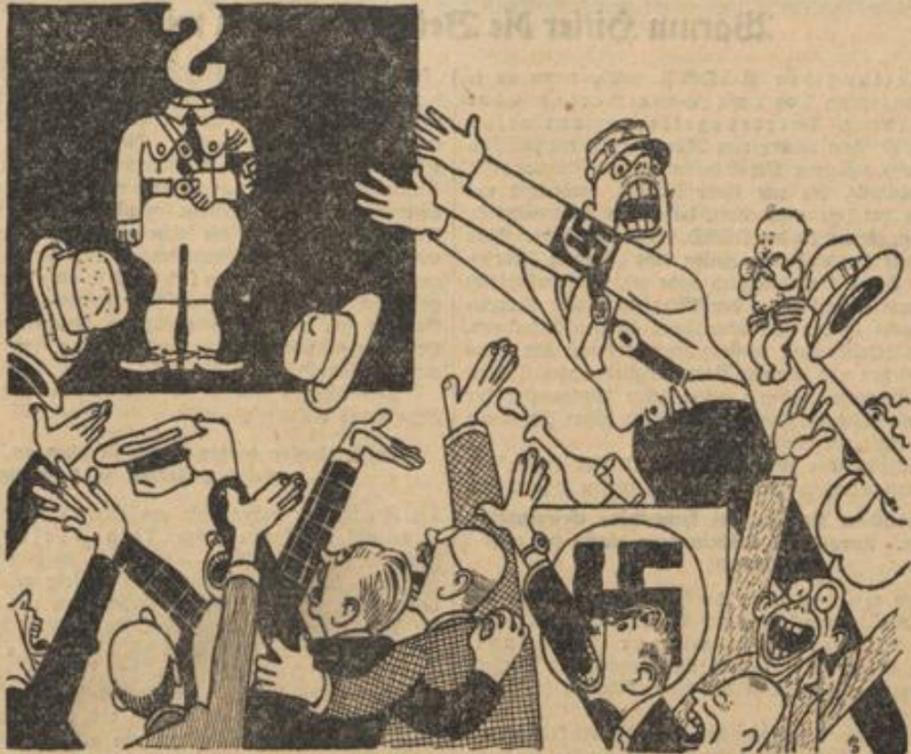
Der Reichstag tritt am Dienstag zwecks Beschlußfassung über den Termin der Reichspräsidentenwahl zu einer kurzen Tagung zusammen. In der Dienstagssitzung wird zunächst Reichsminister Geyer dem Parlament eine Vorlage über den Termin der Reichspräsidentenwahl, den 13. März, unterbreiten. Anschließend beauftragt der Reichstanzler Dr. Brüning das Wort zu nehmen. Die anschließende Debatte über die Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung dürfte am Freitag mit der Abstimmung über die Mißtrauensanträge der Opposition beendet werden.

Von Dienstag bis Freitag.

Der Arbeiterrat des Reichstags beschloß am Montag, daß mit der Beratung der Vorlage über den Termin der Reichspräsidentenwahl in der am Dienstag beginnenden Beratung des Reichstags die Mißtrauensanträge sowie die Anträge auf Auflösung des Reichstags verbunden werden sollen, desgleichen die von den Parteien gestellten neuen Anträge. Die Redeszeit wurde für jede Fraktion auf eine Gesamtdauer von drei Stunden festgesetzt.

Staatssekretär Pänder äußerte für die Reichsregierung den Wunsch, daß sich der Reichstag jetzt auf die Festsetzung des Termins der Reichspräsidentenwahl beschränken möge. Ein neuer Termin für den Zusammentritt des Reichstags könne für die Zeit nach der Erledigung der Reichspräsidentenwahl in Aussicht genommen werden. Ein entsprechender Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt.

Stürme der Begeisterung...



... erweckte in einer nationalsozialistischen Versammlung die Vorstellung des Kandidaten!

Die Schlacht um Schanghai.

Japaner zurückgedrängt. — Chinesen schießen falsch.

London, 22. Februar. (Eigenbericht.)

An der Front nördlich von Schanghai waren die militärischen Operationen der Japaner am Montag noch weniger erfolgreich als in den letzten Tagen. Ein Gegenstoß der Chinesen warf die Japaner bei Kiangwan zurück. Im Westen drangen jedoch die Japaner vor. Dauerregen erschwerte das Vordringen der Japaner. Sie erwarten Verstärkungen. Die Chinesen sollen nach Meldungen aus Ranking mit einem Krieg von langer Dauer rechnen und dementsprechend Kriegsmaterial kaufen. Die Verluste der Chinesen aus den letzten Tagen werden auf 500 Tote und 1500 Verletzte geschätzt. Die Japaner hatten nach offiziellen Angaben 300 Tote, in Wirklichkeit aber dürften ihre Verluste wesentlich größer sein.

In den Abendstunden des Montag begann die chinesische Artillerie mit Achtzöllgeschützen (20,32 Zentimeter) den japanischen Teil der internationalen Zone zu beschleßen. Zahlreiche Zivilpersonen wurden verletzt. Das Ziel der Geschosse war das japanische Konsulat. Das chinesische Feuer wurde von den japanischen Schiffen beantwortet. Vorher hatten chinesische Soldaten auf amerikanische Marinesoldaten, die an der Grenze der internationalen Zone Wache hielten, geschossen. Sie hielten sie wegen ihrer blauen Uniformen für Japaner. In der internationalen Zone erging allgemein die Aufforderung, bei der Räumung Frauen und Kindern den Vortritt zu lassen und möglichst viele Schwarze mitzunehmen. Die Flüchtlinge sollen in Konzentrationslagern untergebracht werden. Man hofft noch immer, daß die Räumung nicht nötig sein wird.

Japan verhöhnt den Völkerbund.

Tokio, 22. Februar.

Japans Antwort auf den Appell der Rotenmähte wird heute Nachmittag abgehen. Wie verlautet, wird darin u. a. darauf hingewiesen werden, daß der Völkerbundspakt nicht auf China angewendet werden könne, da dieses infolge der dort dauernd herrschenden Unordnung, des Bürgerkrieges und der Anarchie nicht als organisierter Staat angesehen werden könne.

Darüber, ob China ein „organisierter Staat“ ist oder nicht, kann jedenfalls Japan auf eigene Faust nicht entscheiden. Das wäre ja zu einfach: man überfällt einen Schwächeren ohne Kriegserklärung, und wenn sich dieser hilfesuchend an den Völkerbund wendet, antwortet man schnoddrig: „Das geht den Völkerbund nichts an — in diesem Staat herrscht Unordnung, und damit basta!“

Japan wählt.

Tokio, 22. Februar.

Das vollständige Wahlergebnis ist:

Seijutai (Regierungspartei)	301 Sitze
Rinseito (Opposition)	149
Proletarietypartei	5
Uebrigere Parteien	11

Dies war die dritte Wahl seit der Wahlreform von 1925. Die Wahl brachte zum ersten Male einen Koreaner auf die Kandidatenliste. Die Seijutai war im alten Parlament in der Minderheit. Die Seijutai, die etwa den europäischen Konservativen gleichkommt, hat seit ihrer Amtsübernahme im vergangenen Dezember für einen günstigen Ausgang der Wahlen viele Posten von Provinzialgouverneuren und Polizeichefs mit Parteileuten besetzt. Der Kampfruf des Seijutaiprogramms heißt: „Wohlfahrt“ (Prosperität). Sie beschuldigen die Rinseito-Leute, die Wirtschaftskrise durch das zu lange Beibehalten des Goldstandards verschärft zu haben. Die Seijutai-Regierung beschloß sofort nach ihrer Amtsübernahme im Dezember das Abgehen vom Goldstandard. Als großen Vorteil haben sie zu buchen, daß während der Zeit des größten wirtschaftlichen Niederganges die Gegenpartei am Ruder war. Zu den Ereignissen in China haben beide Parteien die gleiche Haltung eingenommen, aber im ganzen hat der chinesische Konflikt keine große Rolle bei den Wahlen gespielt, zumal die Parteien niemals einen ausschlaggebenden Einfluß auf die vollkommen unabhängigen Militärbehörden, die nur dem Kaiser unterstehen, gewonnen haben. Im übrigen ist zu beachten, daß es sich hier nicht wie in Europa um zwei scharf getrennte Interessen- oder Weltanschauungsparteien, sondern um zwei Parteifamilien traditioneller und persönlicher Charakters etwa nach amerikanischem Muster handelt.

Mobilmachung für blutigen Wahlkampf

Secrestlieferungen für die SA. der NSDAP.

Bei der Verbandstoffabrik Paul Hartmann A.-G. in Heidenheim (Bergstraße) ist vom 15. Februar ab die Arbeitszeit von 45 auf 50 und 52 Stunden erhöht worden. Der Betrieb beschäftigt rund 500 Personen. Die Ursache für diese Arbeitszeitverlängerung liegt darin, daß die Firma starke Aufträge für SA-Verbandspakete (Verbandspäckchen für erste Hilfe) erhalten hat. Die Bestellungen gehen in die Hunderttausende von Päckchen und sind direkt von München der Firma zugeschrieben. Von München werden die SA- und SS-Formationen in allen Gauen versorgt.

Die Leitung im Braunen Haus in München richtet sich also heute schon darauf ein, daß die bevorstehenden Wahlkämpfe zahlreiche Blutopfer fordern! Es ist notwendig, daß nicht nur die Deffentlichkeit, sondern auch die Sicherheitsorgane hiervon Kenntnis nehmen!

Bewaffnete Nazis als Verbrecher.

Darmstadt, 22. Februar. (Eigenbericht.)

In Eich (Rheinheffen) schoß ein Nazi aus Hamm zwei Kommunisten in die Beine. Einem zweiten Nazi aus Hamm wurde ein gekrümmter Dolch abgenommen. Beide sind gefänglich. Sie hatten sich vorher in einer Wirtschaft mit ihrer Stärke geträufelt. Als sie dann am Ortsausgang mehrere Kommunisten sehen sahen, griffen die Maulhelden ohne jede Veranlassung zu ihren Mordwaffen.

Oesterreich-Prozeß in Berlin.

Freisprechung aus § 193.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelte eine Privatbeleidigungsklage eines Dr. Besmertny gegen den Redakteur der Zeitschrift „Oesterreich-Deutschland“, Dr. Mischler. In einer Zeitschrift „Neue Woche“, herausgegeben von Herren v. Sontard jr. hatte die Klager gegen den Anschlußgebanken geschrieben, dabei Oesterreich als korrupt hingestellt, was besonders mit dem oesterreichischen Einfuhrmonopol für Mineralwasser illustriert wurde. In der Zeitschrift „Oesterreich-Deutschland“ wurde darauf dem Klager vorgeworfen, er sei wohl von der deutschen Mineralwasserindustrie bestochen worden. Die Privatbeleidigungsklage sollte eigentlich den Pressereferenten der oesterreichischen Gesandtschaft, Dr. Wasserbäck, als Verfasser seiner Erwiderung treffen; da dieser jedoch exterritorial ist, konnte er nicht verfolgt werden.

Das Gericht sprach Mischler frei. Der Artikel sagt, die Begründung enthält wohl eine Beleidigung; seine Vorwürfe gegen Besmertny seien zu unrecht erhoben, doch stehe dem Angeklagten der § 193. Wahrung berechtigter Interessen, zur Seite.

Tod des Hamburger Wachtmeisters.

Hamburg, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Der Polizeiwachtmeister, der am 14. Februar angehalten wurde, ist keine Verletzungen erlitten. Der Wachtmeister wurde bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten schwer verwundet.

Also doch Putschabsichten.

Warum Hitler die Betriebe erobern will.

Die Reichsleitung der NSDAP wird, wenn es so weiter geht, nächstens jeden Tag einen Geheimverlaß über den Ausbau ihrer Betriebszellenorganisation herausgeben. Nun ist schon wieder von München aus ein NSDAP-Geheimverlaß ins Land gegangen. Der ist datiert vom 10. Februar 1932.

Die Reichsleitung, die mit ihrer NSDAP verdammt unzufrieden sein muß, hat jetzt angeordnet, daß jedes Parteimitglied, das Arbeitnehmer ist, gleichzeitig der NSDAP beizutreten habe. Man wolle auf diese Weise den einzelnen Zellen eine „größere Arbeitsplattform“ geben. Jedes Parteimitglied habe als Nationalsozialist die Verpflichtung zum Kampf gegen den Marxismus. Der Marxismus habe aber gerade in den Betrieben seine größten Reservoire. Jeder Ortsgruppen-Betriebswart müsse nochmals sofort die Ortsgruppenleiter durchsehen und säumige Parteimitglieder zum Eintritt in die NSDAP auffordern. Ebenso müsse jeder Amtswalter der NSDAP in der nächsten Zeit die Parteimitgliedschaft seiner Umgebung nach ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP befragen.

Warum das alles? Aus zwei Gründen: „Unsere Zellen“, so heißt es in dem Geheimverlaß der Reichsleitung, „müssen so stark sein, um alle lebenswichtigen Arbeiten bei kommender Gelegenheit selbst auszuführen. Rapp-Putsch-Erscheinungen dürfen sich nicht wiederholen.“

Die Herrschaften wollen also doch putzen. Sie sind nicht sicher, ob sie auf „legalem“ Weg zur Macht kommen, und deshalb bildet der Staatsstreich nach wie vor eine Hauptrolle in ihren Plänen. Deshalb ihr krampfhafter Versuch, durch eine Betriebszellenorganisation die Gewerkschaften schachmatt zu legen.

Der zweite Grund, den die Reichsleitung für die Notwendigkeit der NSDAP angibt, ist ein schlagender Beweis für die Falschheit, mit der die Hitler-Bewegung zur Macht strebt. „Die Übernahme der Macht“ — so sagt die Reichsleitung in ihrem Geheimverlaß — „wird uns

vor schwierigste Aufgaben stellen, denen wir unbedingt gewachsen sein müssen.“

„Für die NSDAP ist mit Wirkung vom 1. Januar ein Facharbeiter für Erwerbslosenfragen bestimmt worden. Von diesem wird in nächster Zeit Sonderausbildungsmaterial für Erwerbslosenfragen herausgegeben werden. Dieses Material muß durch die einzelnen Gau-Betriebszellen-Abteilungen angefordert werden. In allen Stempelstellen müssen unsere Erwerbslosen als beste Propagandisten auftreten können. Nationalsozialistische Betriebsräte oder NSDAP-Mitglieder, die als solche aussersehen waren oder sind, müssen mit Fragen ihres Arbeitsgebietes aufs genaueste vertraut gemacht werden. An allen Orten und in allen Gauen müssen Arbeitsgemeinschaften nationalsozialistischer Betriebsräte aufgezogen werden. Dadurch soll unseren Betriebsräten Gelegenheit geboten werden, Erfahrungen untereinander auszutauschen, um sich so schon selbst weiterzubilden.“

Also morgen wollen die Herrschaften das Dritte Reich in Deutschland einführen, und

zwölf Stunden vorher fangen sie schon an, sich mit sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen.

Die Herrschaften haben, wie aus ihrem Geheimverlaß ganz deutlich hervorgeht, von diesen Dingen keine blasse Ahnung. Sozialpolitische Fachleute sind — wie wir darüber hinaus verraten wollen — bei den Parteibuchnazis ein sehr gesuchter Artikel. Trotzdem wollen sie den Arbeiter schulmeistern und im Betrieb wie in der Politik kommandieren. Nur Nazifreiheit ist dazu fähig. Die Herrschaften sollten sich zunächst einmal ein paar Jahre auf ihren Hosenboden setzen und etwas lernen, bevor sie von sozialen Dingen reden, geschweige denn die Gewerkschaften ablösen wollen. Was den Gelden und den Kommunisten nicht gelang, wird den Hitler-Brüdern am allerwenigsten gelingen. Auch die von der Reichsleitung angeordnete Ausplünderung der Namen und Wohnungen der Gewerkschaftsfunktionäre wird daran nichts ändern. Diese Funktionäre sind mit dem Arbeitervertretergesetz der Kommunisten fertig geworden, sie werden auch mit der Frage der Reichsleitung noch der „Arbeitererratspolitik der SPD.“ fertig werden.

Der Buchdruckerkonflikt.

Schiedsamt weist Klage ab. — Freitag Entscheidung.

Am Sonnabend und Sonntag haben die Belegschaften der Berliner Buchdruckereien, die ihren Arbeitern einen Abbau der über-tarifratischen Zulagen aufzwingen wollen, zu dem herausfordernden Vorgehen der Unternehmer nochmals Stellung genommen. In den Versammlungen ergab sich für die Gesamtlage in den Berliner Buchdruckereien folgendes Bild:

Bei der Firma Bügenstein, die vor kurzem ebenfalls den Abbau der über-tarifratischen Verdienste angekündigt hatte, besteht kein Konflikt, weil die Firma am Freitag keine Kündigungen ausgesprochen hat. Demzufolge sind auch von dem Personal keine Kündigungen eingereicht worden. Auch bei der Firma Greve, in der die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gedruckt wird, hat sich die Lage nicht zugespitzt. Die Firma hat zwar eine Kürzung der über-tarifratischen Zulagen bis zu 7 Mark pro Woche, das sind 18,5 Proz., verlangt; obwohl dieses Ansinnen von der Belegschaft einmütig abgelehnt wurde, hat die Firma bis jetzt von Kündigungen Abstand genommen.

Die Firmen Eisner und Langenscheidt haben beim Berliner Schiedsamt der Buchdrucker eine Klage eingereicht! Sie beantragen die Feststellung, daß die Kündigungen der Arbeiter tarifwidrig sind, weil in dem Tarifvertrag für das Buchdruck-gewerbe Massenkündigungen unterlagert sind.

In diesen beiden Betrieben wurde ein Abbau der über-tarifratischen Verdienste um 50 Proz. gefordert. Das Schiedsamt der Buchdrucker verhandelte gestern nachmittag über die Klagen der Firmen Otto Eisner und Langenscheidt. Beide Klagen wurden vom Schiedsamt mit Stimmgleichheit abgewiesen. Die Geschäftsvertreter nahmen den Standpunkt ein, daß diese Massen-kündigungen keine Tarifverletzungen seien, während die Prinzipale der Ansicht sind, daß hiermit der § 1 Ziffer 2 des Tarifs verletzt sei. Den Firmen steht das Recht zu, innerhalb vierzehn Tagen Berufung beim Reichsschiedsamt der Buchdrucker einzulegen.

Die Belegschaft der „Deutschen Tageszeitung“ hat am Sonntag nochmals zu der Abbauforderung ihrer Betriebsleitung Stellung genommen. Die Firma, die zuerst einen Abbau der über-tarifratischen Verdienste um 50 Proz. forderte, hat ihre Forderung bereits auf 20 Proz. reduziert. Die Belegschaft hat auch dieses Ansinnen einmütig zurückgewiesen. Bei der „Deutschen Tageszeitung“ sind bis jetzt weder von der Firmenseite noch von dem Personal Kündigungen ausgesprochen worden.

Bei der Firma Langenscheidt, die ebenfalls einen

50prozentigen Abbau der über-tarifratischen Verdienste verlangt, ist die Lage nach wie vor äußerst zugespitzt. Die Gesamtbelegschaft steht seit Freitag im Kündigungsverhältnis. Die Situation im Berliner Buchdruckgewerbe ist äußerst gespannt. Die graphischen Arbeiter sind der Meinung, daß nahezu 19 Proz. Lohnabbau, dazu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit mehr als genug sind. Sie sind fest entschlossen, jedem weiteren Lohnabbau entschlossen Widerstand zu leisten. Am Freitag läuft die Kündigungsfrist ab. Die Unternehmer haben also nur noch wenige Tage zur Umkehr.

Graphische Arbeiter in Eiserner Front.

Die graphische Arbeiterschaft Berlins legte am Sonntagvormittag in den Kammern in einer gutbesuchten Kundgebung ein Bekenntnis unerbüchlicher Treue für die Eiserner Front ab. Es sprach zu ihnen Reichstagsabgeordneter Genosse Larnow. Er führte den Verammelten durch anschauliche Beispiele vor Augen, wie durch das Erstarken des Faschismus die Wirtschaftskrise in Deutschland, die keine spezifisch deutsche, sondern eine internationale Krise ist, bis zur Unverträglichkeit verschärft worden ist. An der internationalen Verflechtung der Wirtschaft wies er nach, wie unsinnig die Pläne einer wirtschaftlichen Autarkie Deutschlands sind, die auch von den Nationalsozialisten propagiert werden.

Die Eiserner Front ist nicht nur ein Schutzwall gegen die politische Reaktion, die der Faschismus verförpelt, zugleich auch ein Staudamm gegen die sozialreaktionären und wirtschaftlich rückwärts orientierten Bestrebungen des Unternehmertums. Die Eiserner Front, zu deren Bildung erst vor wenigen Wochen ausgerufen wurde, und die heute bereits im ganzen Reich wie eine Mauer steht, wird dafür sorgen, daß dem Faschismus in diesem Jahr nicht der lang ersehnte Sieg zufällt, sondern daß ihm eine vernichtende Niederlage bereitet wird.

Am 13. März, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, muß dem Faschismus der schwerste Schlag verfehrt werden. In diesem Entscheidungstage für die deutsche Republik wird die Eiserner Front alles aufbieten, um zu verhindern, daß aus dem Reichspräsidentenwahl ein elektrischer Richtstahl für die Republik und die Demokratie gemacht wird.

Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen des Genossen Larnow. Die eindrucksvolle Kundgebung wurde durch Kampflieder umrahmt, die ein gemeinsamer Chor der graphischen Gefangenenvereine „Typographia“ und „Solidarität“ vortrug.

Billiges Brot?

Goerdeler, der Sozialabbaukommissar.

Die „Einigkeit“, das Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, nimmt in ihrer letzten Nummer scharf gegen die Pläne des Preisüberwachungskommissars Dr. Goerdeler Stellung, die eine Lockerung des Nachtbrotverbots bezwecken. Dr. Goerdeler steht, wie verlautet, mit den Brotfabrikanten in Verhandlungen wegen der Lockerung des Nachtbrotverbots, von der er sich eine Senkung des Preises für Fabrikbrot verspricht. Gegenstand der Verhandlungen ist die Frage, ob nicht durch gewisse Vorarbeiten vor 5 Uhr morgens, wie z. B. das Anfahren, oder durch eine Belieferung der Verkaufsstellen der Brotfabriken schon vor 7 Uhr die angestrebte Preisentlastung herbeigeführt werden könne.

Die „Einigkeit“ erinnert im Zusammenhang mit den Mitteilungen der Tagespresse über diese Verhandlungen daran, daß die Brotfabrikanten selbst den Plan auf Zulassung der Nachtarbeit nicht mehr verfolgen, da auch sie der Meinung sind, daß dadurch eine Verbilligung des Brotes nicht erzielt werden kann. Auch die Brotfabrikanten vertreten die Auffassung, daß eine Senkung des Brotpreises nur durch ein Abgehen von der verfehlten Zollpolitik für Brotgetreide und die damit verbundene Senkung der Preise des wichtigsten Rohstoffes des Brotes, des Brotgetreides, herbeigeführt werden kann. Die „Einigkeit“ schließt ihre Kritik an diesem Vorgehen des Preisüberwachungskommissars mit den Sätzen:

„Wir müssen doch fragen, mit welchem Recht kommt der Preiskommissar dazu, eine Lockerung des Nachtbrotverbots herbeizuführen, um nach seiner Meinung eine weitere Senkung der Brotpreise zu ermöglichen. Es ist bestimmt nicht Aufgabe des Preiskommissars, die wenigen bestehenden Rechte im Arbeitsschutz noch weiter zu verhungern. Wenn er über keine anderen Mittel verfügt, als der Arbeiterhaft ihre sozialen Errungenschaften zu rauben, dann möge er endlich erklären, die ihm gestellten Aufgaben der Preisentlastung seien wegen der Aufrechterhaltung der überpannten Zollpolitik undurchführbar.“

Neue Entlassungen bei der Reichsbahn?

Eine Meldung über starke Arbeitseinschränkung bei der Reichsbahn läuft durch die Presse. Zahlreiche Entlassungen seien ausgesprochen worden, in verschiedenen Ausbesserungswerken werde das Personal erheblich vermindert und einige Werke würden sogar stillgelegt; ferner seien verschiedene Bankkolonnen aufgelöst worden.

Diese Meldung eilt den Tatsachen voraus. Abbaupläne bestehen. Sie müssen jedoch erst noch mit den Gewerkschaften besprochen werden. Solche Besprechungen sind für Mitte März angelegt. Ob, wie und in welchem Umfang die Abbaupläne der Reichsbahn Gestalt annehmen, ist im Augenblick noch eine offene und auch noch sehr unstrittige Frage. Mit der Schließung von Ausbesserungswerken geht es nicht so schnell. Bis jetzt ist jedenfalls noch nicht die erforderliche Zustimmung der Behörden eingeholt, die auch noch notwendig ist, und auch dann muß erst noch die erforderliche Stilllegungsfrist ablaufen.

SPD-Fraktion Deutsche Industrie-Werke Spanbau, Mittwoh 1812 Uhr im Vokal Saal, Cielowing, Fraktionssammlung mit Sympathisierenden. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deutscher Dienstag, 21. Februar, um 19 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Gewerkschaftshaus: Jugendheim Adenauer Str. 92. „Autorenstunde“ — Gewerkschaften und Jugend.“ — Gieseler: Jugendheim Himmelsstr. 14. „Lichterabend.“ — Kossatz: Jugendheim Bremer Str. 69-70. „Vollstunde.“ — Spanbau-Wilhelmshafen: Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. „Jugend-Minuten-Arbeits.“ — Spanbau: Jugendheim Rillingenstr. 48. „Zimmer 1. Wir leben Kurzgeschichten: „Graben und Heiterer aus aller Welt.“ — Trepptom: Jugendheim Gieseler, 4 (am Hof, Trepptom). „Mittelschichtsozialismus.“ — Franzfurter Allee: Jugendheim Planer Str. 18. „Fisch-Abend.“ — Zandberger Platz: Jugendheim Große Franzfurter Str. 18. Wir diskutieren über Kritik in der Gewerkschaftsarbeit. — Lichtenberg: Jugendheim Poststr. 22. „Die Kämpfe der Gewerkschaften 1931.“ — Neu-Lichtenberg: Jugendheim Gantzerstr. 44. 1. Reihenort: „Arbeiterlied.“ — Gewerkschaftshaus: „Ökonomie: Jugendheim Anriehof, Axelosallee 44 (Kantstraße). „Ordnung der Arbeit.“ — Wedding: Jugendheim Willdenauerstr. 5. 2. Trepptom, Zimmer 11. Politische Satire: „Von Delen bis Tuschel.“ — Schöneberg: Jugendheim Hohenwerderstraße, Willdenauerstr. im Keller. „Jugendbücherei.“ — Adlershof: Jugendheim Adlershof, Bismarckstr. 1. „Frau und Kunst.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deutscher Dienstag, folgende Veranstaltungen: Lichtenberg: Jugendheim Gantzerstr. 44. „Ausprobieren: „Gewerkschaftsfragen der Gegenwart.“ — Wedding: Jugendheim Leichter Str. 18-19. Tagespolitische Kundgebung. — Der Sport- und Bewegungssport: Abt ab 20 Uhr in der Turnhalle Paratzer Straße 20. — Der Turnabend der Sportabteilung findet von 20-22 Uhr in der Turnhalle Tempelhofer Meer 20 statt. — Die Singstunde am Sonntag, 21. Februar, findet nicht im Adlershof Dampfer Straße, sondern im Jugendheim Leichter Str. 18-19 statt.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Schriftführer: G. Alingehäfer; Gewerkschaftsbewegung: D. Stricker; Funktionär: Dr. John Schramm; Lokales und Sonstiges: Fritz Koppelt; Anzeigen: Th. Glade; Gutlich in Berlin. Verlag: Formdies-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdies-Verlag; Vertrieb: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Dieritz 2 Verlag.

WERTHEIM Sonder-Angebot

Zusendung von 5 M an, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Dorsch Pfd. an 0.09	Bücklinge Pfd. an 0.20	Fetheringe 10 Stück an 0.32	Kalbshaxe Pfd. 0.32	Kamm 0.36
Kabeljau, Seelachs Pfd. an 0.10	Sprotten Pfd. an 0.25	Fetheringe l. Öl u. Tomat. Dose an 0.45	Kalbsbrust u. -Rücken . Pfd. 0.48	
Rotbars ohne Kopf . . Pfd. an 0.15	Fludern Bund 0.15 Pfd. an 0.35	Oelsardinen . . . 5 Dosen an 0.85	Kalbskeule Pfd. 0.60	
Filet vom Seelachs Pfd. 0.15	Fleckheringe Pfd. an 0.38	Oelsardinen . . 4 Klubbosen an 0.95	Kalbskotelett Pfd. 0.72	
Filet vom Kabeljau Pfd. 0.20	Seelachs in Stücken . . Pfd. an 0.32	Bratheringe 1/2 Dose 0.32 1/4 Dose 0.50	Kalbsroulade Pfd. 0.88	
Kochschollen Pfd. 0.18	Schellfische Pfd. an 0.32	Hering in Gelee, Rollmops, Kronsardinen, Dänemärdheringe Dose 0.40 1/2 Dose 0.65	Kalbsschnitzel Pfd. 1.12	
Bratschollen . . . 3 Pfd. an 0.28	Dorschrogen Pfd. an 0.32		Mastochsenfleisch . . Pfd. 0.48	
Schellfische Pfd. an 0.26	Heringssalat m. Mayonnaise Pfd. 0.65		Mastochsenschnitzel . . Pfd. 0.74	
Grüne Heringe 3 Pfd. an 0.32			Schweinekamm u. -Schutt 0.66	
Zander gefroren . . . Pfd. an 0.35			Schweinekotelett . . Pfd. 0.72	
Rotzungen Pfd. an 0.38			Kaflerkamm u. -Schutt Pfd. 0.68	
Lebende Schleie . Pfd. an 0.68			la Berliner Bratwurst 0.68	
Spiegelkarpf. lebend. Pfd. an 0.75			Herz Pfd. 0.46	Backe Pfd. 0.38
Lebende Forellen Pfd. an 1.65			Gehackt. 0.54	Fett brat. fert. 0.54

Der Unfall in der „Schrecksekunde“.

Generaldirektorsfrau bleibt straffrei.

Der Freispruch der Ehefrau des Generaldirektors Schröder durch die Verkehrsammer des Schöffengerichts Berlin-Mitte am 30. September v. J. hat, wie erinnerlich, nicht geringes Aufsehen erregt. Einem von ihr verursachtes Verkehrsunfall auf dem Leipziger Platz, unmittelbar vor dem Warenhaus Wertheim, war ein Menschenleben zum Opfer gefallen. In der Berufungsverhandlung der Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Löschhorn wurde die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch der ersten Instanz auf Staatskosten verworfen.

Das Gericht nahm damals an, daß die Angeklagte nicht diejenige Veranlassung zu besitzen scheine, die ein schnelles und sicheres Handeln bei plötzlich auftretender Gefahr gewährleistet, wie es einem guten Fahrer zukomme. Es nahm ferner an, daß alle Umstände des Falles mit Sicherheit den Schluß rechtfertigten, daß die Angeklagte von dem Augenblick des Höhepunktes der Gefahr, dem Aufahren auf den Bürgersteig an, sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande von Bewußtlosigkeit befunden hat (§ 51 des Strafgesetzbuches). Frau Schröder hatte nämlich einen Nervenschock erlitten. Auch, meinte das Gericht, sei keine Fahrlässigkeit darin zu erblicken, daß die Angeklagte bei ihrer mangelnden Geisteszugehörigkeit und ihrer Schreckhaftigkeit einen Kraftwagen, insbesondere in Berlin, führt. Sie hatte bis zu dem Unglücksfall keine Gelegenheit gehabt, ihr schwaches Reaktionsvermögen festzustellen. Sie konnte sich gar nicht ihrer mangelnden Einschlußkraft und ihrer Nervenschwäche im Augenblicke der Gefahr bewußt werden. . . . Gerade diese Begründung war es, die allgemeinen Menschen erregt hat. Man neigte zu der Ansicht, daß in so vielen Fällen, wo es sich gerade nicht um eine Generaldirektorsfrau gehandelt habe, unter ganz gleichen Umständen, ebenso ungeschickte und unfähige Fahrer die Verantwortung für die Folgen des „Unglücks“ tragen müßten. Die Staatsanwaltschaft hatte aus begrifflichen Gründen gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt.

Die gestrige Verhandlung ähnelte mehr einer wissenschaftlichen autotechnischen Veranstaltung als einem Strafprozeß. Neben den acht Sachverständigen sah man eine große Zahl von wissenschaftlichen Interessenten. Selbst der Generalstaatsanwalt vom Kammergericht und der stellvertretende Präsident des Landgerichts I wohnten der Verhandlung bei. Vor dem Richterisch war der Leipziger Platz mit dem Wertheim-Gebäude im kleinen aufgestellt. Sogar ein besonderer Film, für dessen Herstellung 10 000 Einzelaufnahmen erforderlich waren, und der den Herrn General-

direktor ein gutes Stück Geld gekostet haben muß, kam zur Ausführung. Sanitätsrat Dr. Leppmann hatte sein psychologisch-psychiatrisches Gutachten über die Reaktionsfähigkeit der Angeklagten zu erstatten.

Die Beweisaufnahme ergab das gleiche Bild wie in der ersten Verhandlung. Frau Schröder, die seit dem 17. Juli 1929 einen Führerschein Klasse IIIb hatte, kam in ihrer 6-Sitzer-Horch-Limousine mit Vorkasse von der Potsdamer Straße und bog in den Leipziger Platz ein, um zur Vorhalle des Warenhauses Wertheim zu gelangen. Sie fuhr im vorgeschriebenen langsamen Tempo und wurde plötzlich von links von einer Autotaxe „angekracht“, die unvorschriftsmäßig im Augenblicke des Befehls vom gelben zum roten Licht noch herangekauft kam; rechts von ihr befanden sich gleichfalls unvorschriftsmäßig in der Nähe der Bordwand vor dem Warenhaus Wertheim zwei Autotaxen. Um dem Bogen, der von links kam, auszuweichen, drehte sie den Wagen nach rechts, geriet auf das Trottoir, verlor vollends den Kopf, konnte den Wagen nicht bremsen, fuhr in eine Gruppe Passanten hinein, verletzte eine 43jährige Angestellte tödlich und deren 48jährige Schwester so schwer, daß die erstere bald darauf starb und die letztere sechs Monate lang im Krankenhaus liegen mußte, drei Personen wurden leicht verletzt. Also ein ganz schwerer Unfall.

Die Sachverständigen waren sich in der Beurteilung der Lage nicht ganz einig. Während die einen glaubten, die ganze Schuld der Autotaxe zuschreiben zu müssen, die unvorschriftsmäßig herangekauft und, ohne zu halten, verschwunden war, waren andere Sachverständige der Ansicht, daß man von einem guten Fahrer auch in solch einer Situation zu verlangen habe, daß er seine Geistesgegenwart bewahre. Dr. Sanitätsrat Dr. Leppmann wollte für die Angeklagte eine verlängerte Reaktionsfähigkeit geltend machen; sie sei in ihrer ganzen Konstitution einer derzeitigen Situation nicht gewachsen und man dürfe von ihr nicht mehr verlangen, als sie zu leisten imstande sei.

Das Gericht kam schließlich zu dem eingangs mitgeteilten Entscheidung: Verwerfung der Berufung des Staatsanwalts und mit Freispruch der Frau des Generaldirektors Schröder; es hat nach dem technischen Befund angenommen, daß der Wagen der Angeklagten, obwohl die Ursache nicht ermittelt werden konnte, von einem anderen Wagen einen Stoß erhalten habe. Die Angeklagte war nicht in der Lage, ihren Wagen sofort herumzureden, und in diesen Schrecksekunden ist sie mit ihm auf den Bürgersteig geraten. Eine Fahrlässigkeit war darin nicht festzustellen.

— Leo Sklarek (zum Zeugen): Sie waren doch nur Bote in der Stadtbank. Hoffmann hat Sie doch wie einen Schuppiger behandelt. — Der Zeuge Feist, ein alter weihhaariger Mann, trat auf Leo Sklarek zu, klopfte ihm auf die Schulter und erwiderte würdevoll: Ich bin Stadtoberinspektor, Herr Sklarek. — Leo Sklarek: Haben Sie bei mir gebettelt? — Zeuge: Nein. — Leo Sklarek: Haben Sie von mir Freilarten bekommen? — Zeuge: Nein. — Leo Sklarek (sich zu Stadtbankdirektor Hoffmann wendend und auf ihn zeigend): Aber sehen Sie sich Ihre Direktoren an, die haben das getan. — Hoffmann sprang erregt auf und schrie mit überlauter Stimme: Die haben sich auch revanchiert. Nach wenigen Minuten verließ Hoffmann dann in höchster Erregung den Saal, so daß der Vorsitzende eine Pause eintreten lassen mußte.

Der Mord in Neufölln.

Wer waren die Besucher der Mathilde Kolland?

Zu dem Frauenmord in der Friedelstraße in Neufölln erfahren wir noch weitere interessante Einzelheiten, die das frühere Leben der Ermordeten betreffen.

Mathilde Kolland war früher Artistin und trat in einem Zirkus als Trapezkünstlerin auf. Dabei stürzte sie eines Tages so schwer, daß sie 19 Monate im Krankenhaus liegen mußte. Nach der Entlassung hatte sie die Absicht, ihren alten Beruf wieder aufzunehmen und wollte auch trainieren. Inzwischen mußte sie sich aber nach einer anderen Beschäftigung umsehen, um Geld zu verdienen. Sie fand Anstellung als Sekretärin im Justizministerium, wurde aber von dort ans Amtsgericht in Neufölln versetzt. Hier mußte sie abgebaut werden und stand nun völlig mittellos da. Mit einer Ausbittelfeststellung bei einem Homöopathen war es auch bald vorbei. Sie suchte sich jetzt in der Friedelstraße ein neues Zimmer und ließ sich zuvor von einer Freundin, die auch bei dem Homöopathen tätig war, einen kleinen Geldbetrag für die Anzahlung des Zimmers. Diese Freundin erschien in der Wohnung, als die Mordkommission am Tatort weckte und war natürlich entsetzt, als sie hörte, was vorgefallen war; sie erklärte, daß sie von Mathilde K. hinbestellt war, um das geliehene Geld von ihr zurückzubekommen. Damit taucht die Frage auf, von welcher Seite aus Mathilde K. Geld zu erhoffen hatte, denn sie war jetzt vollkommen mittellos und es ist möglich, daß das Mädchen damit gerechnet hatte, von einem ihrer Besucher am Sonntag Geld zu bekommen, sei es von dem Onkel oder von den beiden anderen jungen Männern, die sich in den Nachmittagsstunden bei ihr aufgehalten hatten. Die Ermittlungen der Mordkommission bewegen sich jetzt in dieser Richtung, um das Geheimnis um den Tod des jungen Mädchens aufzuklären.

Stürmische Sitzung im Sklarek-Prozeß.

Die Auszogen des Stadtobersekretärs Feist.

Die gestrige Nachmittagsitzung des Sklarek-Prozesses gestaltete sich wieder außerordentlich stürmisch, und es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Leo Sklarek und dem Angeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann, die sich gegenseitig anbrüllten.

Die erregten Szenen spielten sich bei der Vernehmung des 62jährigen Stadtoberinspektors Feist ab, der im Kreditkontrollbüro der Stadtbank beschäftigt ist. Der Vorsitzende hielt dem Zeugen u. a. einen von ihm erstatteten Bericht aus dem Jahre 1927 vor, aus dem hervorgeht, daß die Forderungen der Sklareks an die Bezirksämter in Form einer offenen Forderung, also mit Kenntnis der Bezirksämter abgetreten waren, obwohl es sich in Wirklichkeit um eine stille Forderung handelte, bei der die Bezirksämter nichts von der Abtretung der Forderungen wußten. Vorl.: Können Sie mir den Grund für diesen falschen Bericht erklären? Er hat letzten Endes dazu geführt, daß die Hauptprüfungsstelle ihr Monitum fallen ließ. Sie berichten absolute Unwahr-

heiten. Wie konnten Sie das als aller Beamteter tun? — Zeuge: Ich kann nur erklären, daß er in unangemessener Anwendung der bestehenden Bestimmungen verstoßen ist. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge mit Bestimmtheit, daß er von den Sklareks keinerlei Vorteile erhalten habe, abgesehen von einigen Zigarren, die er aber als Richtiger anderer Kollegen geschenkt hat, und einigen Reklameartikeln zu Weihnachten, wie Antiquitäten, Feuerzeuge, Westjüte usw. Einmal hätten ihm die Sklareks für einen Anzug Maß nehmen lassen, er hätte ihn aber nicht genommen. — Ich dachte mir, wenn man dem Teufel den kleinen Finger gibt, dann nimmt er die ganze Hand.

Eine erregte Auseinandersetzung gab es bei der Erörterung der Tatsache, daß Feist die sogenannten Wertstüde in Verwahrung genommen hat, auf die die Sklareks Kredite bekamen. Diese Wertstüde bestanden, wie man jetzt weiß, aus verpackten Kuverts, in denen vordatierte Schecks lagen. Feist will dies aber nicht gemahnt haben. — R.-M. Dr. Pindar: Sie sind doch bankmäßig vorgebildet, ist Ihnen nicht bekannt, daß das Arbeiten mit vordatierten Schecks diffamiert und beweist, daß der Betreffende kein Geld hat? In welcher Bank wird denn darauf Kredit gegeben? — Zeuge: Ich habe ja den Kredit nicht gegeben. Ich habe die Kuverts

Frauenmörder von Jüterbog geständig.

Luftmord nach einem Tanzvergnügen.

In gestrigen „Abend“ hatten wir bereits kurz mitgeteilt, daß man den mutmaßlichen Mörder der Wirtschaftlerin Erna Meiswald aus Jüterbog in der Person eines Stallschweizers festgenommen habe. Diese Mutmaßung hat sich bestätigt. Der Schweizer Franz Richard Jährlig hat vor der Mordkommission ein Geständnis abgelegt. Die Bluttat hat sich wie folgt abgespielt.

Jährlig war bei dem Gemeindevorsteher von Höjzen beschäftigt. In den Nachmittagsstunden des Sonntags kam seine Freundin Erna aus Jüterbog auf einem Fahrrad zu ihm. Beide suchten später ein Tanzlokal auf und verließen es auch gemeinsam und zwar mit ihren Fahrrädern. Auf der Chaussee hielt Jährlig plötzlich an und forderte auch das Mädchen auf, abzustiegen, zog sie aufs Feld und wollte sich an ihr vergehen. Sie weigerte sich aber. Im Verlauf eines kurzen Kampfes schlug er das Mädchen nieder und würgte es, zerriss ihr die Kleider und zog sie aus. Dann raubte er ihr aus einer Handtasche den Betrag von 1,50 M. und verschwand. Als die Landjäger ihn festnahmen, war er gerade im Begriff, seinen Koffer zu schließen, um sich von dannen zu machen.



Als er an ein Gartenstück kam, in dem Feuer eine Mauer emporleitet, machte er halt. Ihn fröstelte. Nun sah er Feuer. Der Feuer ist eine warme Ruhestätte für kleine Vögel. Ob in dem Feuer wohl Späßen schliefen? Ach, wenn er jetzt nur einen Späßen sähe, dann wäre doch im gleichen Augenblick ein Verbindungsmann zwischen ihm und der Natur aus der Unheimlichkeit dieser nächtlichen Stadt aufgetaucht.

Er hatte plötzlich Sehnsucht nach der Prarie. Er stierte den Feuer an und schloß ein. Vollkommen klamm erwachte er. Der Weg nach dem Zoologischen Garten war weit, sehr weit. Billy legte ihn zu Fuß zurück. Die Leberanstrengung sollte alle Alkoholreste aus seinem Körper treiben.

Als er mit Schüttelfrost im Zoologischen Garten landete, schämte er sich derart, daß er schleunigst in seinen Wagen kroch. Als am Mittag ein Messerwerfer nach seinem Chef sah, lag der, er sei krank. Billy hatte gar kein Verständnis für seinen Kauf, ihm fehlte plötzlich der Humor. In einer Cowboy-Schau muß Ordnung herrschen, und der Chef muß der erste sein, der Ordnung hält.

Am Nachmittag probt und probt er. Seine Leute arbeiten allein. Am Abend hat er sich schon gut eingeschossen, er ist heidnisch, folglich fällt es ihm nicht schwer, linkschändig reelle Arbeit zu liefern. Diese Branourleistung ist seine Krone, und erst nach dem glänzenden Erfolg der Abendvorstellung beachtet er Anita, was in der Nacht vorgefallen ist.

Ein Resultat.

Jahre sind vergangen. Billy ist wieder auf Zirkustour, fröstelnd hockt er im Packwagen. Ein früher Herbst zieht ins Land, es ist ungemütlich und der Zirkus arbeitet mit Verlust. Die Zirkusdirektion läßt vor Beginn der Vorstellung

Holzohlenbeden in die Manege stellen, die Luft wird etwas angewärmt, aber je später es wird, desto böser kriecht die Kälte unter das Zelt, das ist Jahr für Jahr der gleiche Vorgang.

Billy schleppt sich seit einem Monat mit der Grippe. Nur Kognaks helfen gegen Grippe, das ist ihm mehr als einmal gesagt worden. Billy trinkt Kognaks. Er trinkt nicht nur einen und zwei, nein, er trinkt mehrere Kognaks, und abends zählen alle gemeinsam gewissenhaft nach, wieviele er getrunken hat.

Sind es über zwanzig, dann sagt er: „Anita, seh den Helm auf.“

Er ist vorsichtig; beim einundzwanzigsten Kognak schneit er nicht mehr den Apfel vom Kopf, sondern nur noch vom Helm.

„Billy“, Anita spricht jetzt sehr oft seinen Namen recht vorwurfsvoll aus.

„Ach, einmal ordentlich betrunken ist besser als ewig verrotzt“, antwortet Billy.

Aber er bekämpft mit dem Alkohol die Grippe nicht. Er weiß es.

Anita wohnt in einem vornehmen Hotel. Sie haben zusammen das Zimmer ausgefucht. Sie konnten kein anderes finden. Es ist sehr teuer. Doch als Billy sah, wie Anita mit der Hand liebkosend über den Schreibtisch fuhr und glücklichen Auges die Aussicht betrachtete, stand es im Augenblick bei ihm fest: „Sie behält das Zimmer.“ Wir stehen nur drei Tage am Ort. Sie soll es mal gemächlich haben.

Das Zimmer nebenan wollte gern die junge Frau eines Clown mieten. Auch sie sah mit verzückten Blicken in das Zimmer. Doch der Clown sagte: „Es ist zu teuer.“ Als die junge Frau noch zögerte, nahm er sie fest am Arm und sagte: „Komm, wir wollen gehen.“

Er selbst hätte gern dieses Zimmer genommen, doch befürchtete er Auseinandersetzungen mit seinen Brüdern und noch mehr mit deren Frauen. Sie arbeiten zu Bierern, sind ein vorzüglich eingespeltes Quartett, sie sind echte Brüder und einander zugetan. Er ist der jüngste, hat spät geheiratet. Seine kleine Frau kam in die Familie, als es ihr gut ging und die vier Clowns bereits einen internationalen Namen hatten. Die Frauen der anderen Brüder aber haben Jahre hindurch schwer gequält, sie verlaufen im Zirkus Schokolade, sie standen in der Gemeinschaftsküche hinter den schweren Kesseln und kochten oder hatten — und das war mehr

als einmal der Fall gewesen — gehungert, wenn kein Engagement zu bekommen war. Wie manche Anschaffung, mochte es sich um Pelze oder Schmucksachen handeln, die nach einer guten Saison gemacht wurde, wanderte bei schlechten Zeiten in das Pfandhaus und wurde nicht wieder eingelöst. Nun endlich haben sie es geschafft. Sie alle miteinander. Da kommt ein junges Ding in die Familie, schöpft gleich aus dem Vollen, lernt keinen Hunger und keine Sorgen um das nächste Engagement kennen. Nein, der Clown darf, um des lieben Friedens willen, das Zimmer nicht mieten.

Billy denkt unablässig an den zoghastigen Clown. Billy denkt ferner daran, daß es für ihn gesundheitlich nicht zu traglich ist, in diesem nicht heizbaren Packwagen zu hausen. Er hat zwar eine große Petroleumlampe auf den Fußboden gestellt. Das mußte er heimlich tun; denn die Polizei verbietet es. Die Lampe spendet geringe Wärme, dafür stinkt sie desto mehr.

Billy hustet. Wenn er die Lampe mit sehr hoher Flamme brennen läßt, kann sie leicht explodieren und sein ganzer Wagen liegt voll scharfer Munition.

Dennoch muß er im Wagen bleiben. Die Zeiten sind zu schlecht. Würden ihm seine Comboymanfchaften, seine Perlstickerien, seine Sättel und seine Waffen gestohlen, würde er sie nicht so leicht wieder beschaffen können.

Nach seinem Debut in Berlin ist er schon durch ganz Europa getübelt.

Er hatte sich Geld geparkt. Wofür? Arbeit muß einen Sinn, muß ein Ziel, muß ein Resultat haben. Er hatte sich Waldparzellen gekauft, in Konradshöhe, in der Nähe von Tegel, tief im Hochwald.

Er hat sie gekauft, weil alle Artisten fast trankhaft nach Grund und Boden streben. Er ist von dieser absonderlichen Sehnsucht nach einem Ruheplatz fürs Alter angesteckt worden.

Warum liegen diese Waldparzellen brach? Man weiß dort so nahe bei den Tieren. Es muß dort wirklich schön zu wohnen sein!

Billy überlegt sich die Sache. Mit sich allein. Er zündet Kerzen an. Sind die Kerzen denn nur zum Ausschließen da? Nein, er darf sich auch einmal etwas gönnen. Die Kerzen geben solch mildes Licht. Es sieht beinahe noch Weihnachten aus und Billy gesteht es sich ein, er wird sentimental. Er sitzt hier auf einem Koffer des Packwagens und grübelt über seine Zukunft. (Fortsetzung folgt.)

Arbeitsvolf in der Kunst. Eine wertvolle volkstümliche Ausstellung.

Das Bezirksamt Friedrichshain veranstaltet in der Schulaula der 3. Volksschule, Petersburger Str. 4, eine bedeutsame Kunstausstellung „Mensch und Arbeit“. Die Besichtigung der Ausstellung steht jedem frei; ein Eintrittsgeld wird nicht genommen.

Der Bund für Kunst- und Kunstgewerbe e. V., eine Organisation, in der Künstler, Pädagogen und städtische Behörden vertreten sind, hat diese Ausstellung ermöglicht, er arbeitet uneigennützig. Die Künstler stellen ihre Bilder kostenlos zur Verfügung. Eine Kommission von Künstlern und Pädagogen suchen die für Schulen besonders geeigneten Werke heraus, und die Behörden sorgen für entsprechende Ausstellungsräume. Die Ausstellungen sollen vor allen Dingen der Schuljugend zugänglich gemacht werden. Sie können einen äußerst wichtigen Faktor in der Kunst- und Kunstgewerbebildung bilden. Am Sonntag wurde die Ausstellung eröffnet. Stadtrat Genosse Günther vom Bezirksamt Friedrichshain hielt die Eröffnungsansprache, in der er der Freude Ausdruck gab, daß die Schulen mit dem Bezirksamt in der Volkshilfsarbeit gut zusammenarbeiten. Rektor Genosse Bensch sprach als Vertreter des Bundes für Kunst- und Kunstgewerbe. Alle Bilder zeigen arbeitende Menschen oder Arbeitsstätten. Otto Nagels ausgezeichnetes Bild „Auf dem Wege zur Arbeit“ fällt besonders auf. Bilder von Otto Freitag, „Am Schreibtisch“ und „Schularbeit“, ein „Trauernder Bergarbeiter“ des Malers Nowoll, Alfred Knispel mit seinen Bildern „Schmiede“ und „Arbeiterfrauen“, Kuhfuß mit den „Rebellen“, Ludwig Dittmann mit einem „Pastell“, „Edelstahlguß“ geben der Ausstellung wertvolle Arbeiten. Ein zweiter Raum zeigt eine gute Auswahl von Graphiten. Zeichnungen von George Groß, Otto Dir, Käthe Kollwitz, Heinrich Jille, Valusche, Karl Holz liegen dicht beieinander und gestalten interessante Vergleiche. Große dekorative Blätter von Karl Brust, Darstellung von Arbeitern, übersteigert im Ausdruck, lenken die Aufmerksamkeit auf ein neues Talent.

Der Eintritt zur Ausstellung ist frei. Ein reger Besuch lohnt die uneigennütige Arbeit der Künstler, die hier trotz eigener Not wertvolle Volksbildungsarbeit leisten. Besondere Anerkennung aber gebührt dem Bezirksamt Friedrichshain.

Eisunglück auf der Havel. Ein Mann ertrunken, eine Frau gerettet.

Trotz des warmen Wetters, das das Abtauen des Eises stark fördert, liefen gestern auf der Havel noch mehrere Personen Schlittschuh. Der 23 Jahre alte Arbeiter Walter Kinkel aus der Brunnenwäldstr. 28 und eine 43jährige Frau Ida S. aus der Baugener Straße, die dicht nebeneinander liefen, brachen plötzlich ein. Infolge des Schwunges geriet Kinkel unter die Eisdicke und ertrank. Frau S. gelang es, sich an der Eislante solange festzuhalten, bis Hilfe herankam. Unter großer Mühe konnte die Verunglückte geborgen werden. Die Leiche des ertrunkenen Arbeiters Kinkel wurde trotz stundenlangender Suche bisher nicht gefunden.

Gefallenengedenkfeier.

Im Plenarsitzungssaal des Reichstages fand gestern eine Gedächtnisfeier an die Gefallenen des Weltkrieges, veranstaltet vom Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge statt. Reichspräsident von Hindenburg, begleitet von Reichsinnenminister Goerner und dem Vizepräsidenten des Reichstages, von Kardorff, Reichsminister Dr. Brüning sowie eine große Zahl Vertreter von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden nahmen an der Feier teil. Um die Rednertribüne hatten die Chargierten der Korporationen und eine Abordnung der Reichswehr mit den Fahnen der alten Berliner Regimenter Aufstellung genommen.

Die Gedenkrede hielt der evangelische Feldprediger D. Schlegel. Er erinnerte an die Opfer des Krieges, die uns eine Mahnung sein müßten, im festen Glauben an die sittlichen Kräfte unseres Volkes auch in dieser Notzeit auszuharren. Der Redner sprach viel von den gedachten Opfern, deren wir uns würdig zeigen müßten, aber man vermehrte in seiner Rede eine Stellungnahme gegen einen neuen Krieg, der uns noch mehr ins Unglück führen würde. Das Lied vom guten Kameraden und der gemeinsame Gesang der ersten Strophe des Deutschlandliedes beendeten die Feierstunde.

Im Anschluß an die Feier schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenkompanie ab, die vor dem Reichstagsgebäude Aufstellung genommen hatte. Von der zahlreichen Menschenmenge, die am Rande des Tiergartens und auf dem Platz der Republik wartete, wurde der Reichspräsident begeistert begrüßt.

Selbstmord eines Ehepaares.

Die furchtbare Not hat wieder zwei Menschen in den Tod getrieben. Heute früh bemerkten Bewohner des Hauses Schaperstraße 31 in Wilmersdorf auf dem Treppenturm Harten Gasgeruch, der aus der Wohnung des Kaufmanns Max Deutsch drang. Da auf Klopfen niemand öffnete, verschaffte sich die Polizei gewaltsam Einlaß in die Wohnung. Im Schlafzimmer fand man Deutsch und seine um einige Jahre jüngere Frau durch Gas vergiftet auf. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren ohne Erfolg. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, hat sich die wirtschaftliche Lage des Ehepaares in der letzten Zeit derart verschlechtert, daß sie keinen anderen Ausweg mehr als den gemeinsamen Freitod sahen.

Alexander Meyer 60 Jahre alt.

Unser Genosse Stadtrat Alexander Meyer vom Bezirksamt Reinickendorf tritt heute in sein sechzigstes Lebensjahr. Als Kind machte er alle Leiden einer Volkswaise der Vergangenheit durch, lernte dann das Buchdruckerhandwerk, wanderte, wurde Verbandsmitglied und vor mehr als 40 Jahren Parteigenosse. Von Kiel aus kam er nach Berlin an den „Vorwärts“. Im Weltkrieg in vorderster Front und schwer kriegsdienstbeschädigt, wurde er nach der Revolution durch das Vertrauen der Arbeiterschaft in die kommunale Verwaltung berufen, wo er als Stadtrat in Reinickendorf seit 1921 wichtige Dezernate innehat. Mit besonderem Eifer ist Alexander Meyer seit langen Jahren für die Arbeiterportbewegung tätig.

Der Nachfolger Weinbergs im Stadtparlament.

Für den verstorbenen Stadtverordneten Genossen Dr. Siegfried Weinberg ist nach der durch den Wahlvorstand bestimmten Reihenfolge der Bezirksverordnete und Jugendsekretär Genosse

Ein wenig Licht ins graue Heute. Parteienössische Treue und Kameradschaft.

Von einem in der praktischen Arbeit für erwerbslose Parteigenossen tätigen Parteifunktionär in Weihensee erhalten wir folgende beachtenswerte Ausführungen:

Mit der langen unabsehbaren Dauer der Wirtschaftskrise verliert auch für die meisten Opfer der Krise die Arbeitslosigkeit den Charakter einer kurzen Unterbrechung im Arbeitsverhältnis: sie ist nicht mehr eine übersehbare Pause zwischen zwei Arbeitsstellen, ist vielmehr ein unbestimmtes dunkles Schicksal geworden. Die Existenzunsicherheit tritt immer deutlicher hervor. Damit drohen zugleich die Fäden zu zerreißen, die einst den Arbeitern und Angestellten im Betrieb mit der übrigen Umwelt verknüpften: die Beziehungen zum Beruf, zum Betrieb, zu den Kollegen. Der Strom des Lebens rauscht an ihnen vorüber. In unstätiger Ruhe verbringt ein Tag nach dem andern. Je weniger innere Festigkeit, je weniger Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge einer hat, desto größer ist die Gefahr, auch geistig den Boden unter den Füßen zu verlieren.

Hart und einschneidend von der Krise betroffen sind seit langer Zeit auch die in der Sozialdemokratischen Partei vereinigten Genossen und Genossinnen. Im ganzen Reiche sind Hunderttausende unserer Mitglieder ebenfalls erwerbslos, verrichten Kurzarbeit oder haben sonst unter den Auswirkungen der Krise zu leiden und müssen alle Opfer und Entbehrungen in gleicher Weise tragen.

Zugleich mit diesen ihren von der Not bedrängten Mitgliedern ist die Partei selbst vor gewaltige Aufgaben gestellt. Von einer Welt von Feinden umgeben, wird es nur gelingen, das Schiff des Sozialismus durch alle Klippen hindurchzuführen, wenn die Kampfkraft der Partei erhalten wird und wenn insbesondere unsere Erwerbslosen fest mit der Partei zusammengeschmiebt sind. Gewiß kann man erfreulicherweise feststellen, daß unsere Erwerbslosen dank jahrelanger Schulung und Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Partei die Treue wahrten und als Funktionäre ihre Arbeit verrichteten. Aber was ohnehin besteht, muß in dieser Zeit täglich erneuert und befestigt werden. Schon immer war die Gestaltung der Freizeit ein wichtiges Kapitel sozialistischer Bildungs- und Erziehungsarbeit. Laßt uns daher die erwerbslosen Genossen und Genossinnen möglichst oft aus der Enge ihrer häuslichen Verhältnisse hinausführen, um in gemeinsamen Zusammenkünften zu zeigen, daß der Gedanke der Solidarität auch in der heutigen Zeit weiterbesteht. Laßt keine Stunde vorübergehen, um die erwerbslosen Genossen anzuspornen und aufzurichten, damit der Alltag besser ertragen wird. Laßt uns die sonst brachliegende Energie und die Zeit erzwungener Ruhe ausnützen für vermehrte Schulung und Züchtungsarbeit. Solche Arbeit kann, wenn sie richtig durchgeführt wird, einen wichtigen Beitrag zu der jetzt überall geforderten Aktivität bilden.

Das gesamte Problem der Arbeit an unseren Erwerbslosen kann in diesen Zeilen nicht erschöpfend behandelt werden. Aus der Fülle der Aufgaben sei hier nur auf die regelmäßigen Veranstaltungen verwiesen, wie sie in den einzelnen Kreisen der Berliner Sozialdemokratie in diesem Winter durchgeführt wurden und die anderen deshalb vorzuziehen sind, weil hier Gelegenheit ist, ständig auf unsere Erwerbslosen einzuwirken. Ständen solche Zu-

sammenkünfte noch im Vorjahre im Zeichen des Experiments, so beweist ein Blick auf den Versammlungskalender, daß heute unter Förderung des Bezirksvorstandes nach und nach alle Kreise dazu übergehen. Können solche Veranstaltungen auch nicht nach einem allgemeinen Schema abgehalten werden und werden sie stets nach der Finanzkraft, nach den vorhandenen Räumlichkeiten und den sonstigen Hilfsmitteln der einzelnen Kreise eine besondere Note erhalten, so sei es doch gestattet, die Erfahrungen aus einem kleineren Kreise, und zwar aus Weihensee, mitteilen zu dürfen.

Gingen wir zunächst etwas zögernd an die Zusammenkünfte, so konnten wir bald feststellen, daß sie bei unseren erwerbslosen Genossinnen und Genossen sowie bei den Sozialrentnern und Invaliden, die ebenfalls zugezogen werden, großen Anklang fanden. Die ersten Teilnehmer, die unserem Aufruf folgten, sind nicht nur alle ständig wieder erschienen, die Beteiligung ist darüber hinaus in ständigem Steigen begriffen, so daß wir schon einen erheblichen Teil unserer Erwerbslosen einen Nachmittag in der Woche in unserer Mitte sehen. Im Laufe des Winters haben wir in Vorträgen und Diskussionen eine Reihe politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Themen behandelt mit besonderer Berücksichtigung der Fragen, die das Schicksal der Erwerbslosen betreffen. Eine anschließende Kaffeepause gilt der behaglichen Plauderei und dem gegenseitigen Sichtenlernen. Die letzte Stunde ist schließlich der Unterhaltung gewidmet. Es erscheinen hierzu erwerbslose Künstler, die sich der Partei zur Verfügung gestellt haben und die Teilnehmer durch Gesangsvorträge, Lieder zur Laute, Rezitationen, heitere Vorträge ein wenig von den Sorgen des Alltags ablenken und ein wenig von dem vermitteln, was unsere Parteigenossen sonst entbehren müssen. So haben wir im Laufe des Winters ein gemeinsames Leid gemeinsam getragen; wir haben den Beweis erbracht, daß trotz der Bedrängnis unserer erwerbslosen Genossen die Bande mit der Partei nicht zerreißen, und wir wissen, daß aus unserem Teilnehmerkreis sich auch die Genossen in den kommenden Kämpfen zur Verfügung stellen.

Gewiß mögen solche Zusammenkünfte nur eine bescheidene Hilfe für unsere Erwerbslosen sein. Sie sollen und dürfen aber auch nicht als eine Art Ersatz für sonstige mangelnde Maßnahmen aufgefaßt werden, sondern nur als Ergänzung aller Bestrebungen für die Überwindung der Krise. Sie sollen auf der anderen Seite auch nicht als Revolutionisierung der Erwerbslosen im Sinne der K.P.D. aufgefaßt werden. Vielmehr sollen sie unter unseren Erwerbslosen und darüber hinaus unter allen denen, die unter der heutigen Krise zu leiden haben, das Bewußtsein für die Unzulänglichkeiten der heutigen Wirtschaftsordnung wecken und den Willen lebendiger werden lassen, diese Ordnung durch eine bessere zu ersetzen. Wir sind nicht der Auffassung, daß die Entscheidungsschlacht mit einem veredelnden Proletariat geschlagen wird, wir wollen aber die Kampfkraft des Proletariats einschließen der Erwerbslosen wachhalten und sie widerstandsfähig machen, nicht nur die heutige Krise zu überwinden, sondern auch nach Überwindung des Faschismus zum entscheidenden Angriff vorzugehen.

Bruno Löschke, Berlin R. 65, Logogr. 30, in die Stelle als Stadtverordneter eingewählt. Löschke hat das Amt angenommen. Seine Zuteilung zu einer Bezirksversammlung erfolgt durch den Stadtgemeindeauschuß.

Maskenball mit Saalschlacht.

Blutiger Ausgang eines Tanzvergnügens. — Fünf Tote.

Preßburg, 22. Februar.

In der Ortschaft Udoarnof bei Thyrnau fand am Sonnabend ein Maskenball statt, bei dem es zu unbeschreiblichen Schredensszenen kam. Zu der Veranstaltung hatten sich auch zahlreiche junge Burschen aus der Umgebung des Dorfes eingefunden. Die heimischen Bauern wollten die Fremden aus dem Tanzsaal hinausdrängen. Nach Mitternacht entstand eine Saalschlacht, bei der Schlagringe, Bleihöhre, Messer und Revolver als Waffen gebraucht wurden. Unter den Frauen und Mädchen brach eine Panik aus, sie versuchten, aus dem Saal zu flüchten. Die Gendarmerie stellte fest, daß etwa fünfzig Revolvergeschosse abgegeben wurden. Fünf Personen wurden getötet, vierzehn schwer und zahlreiche leichter verletzt. Zehn Burschen, bei denen noch Revolver und andere Waffen vorgefunden wurden, sind verhaftet worden.

Wohnungen stehen leer — aber nicht für Arbeitslose

Der Leidenskelch des langfristigen Arbeitslosen, der schließlich eines Tages mit Frau und Kind auf der Straße sitzt, ist damit noch nicht bis zur Reize geleert; immer neue Widerwärtigkeiten, Schwierigkeiten und Klagelagen bedrängen sein armseliges Dasein.

Dem Arbeitslosen K. mit Frau und drei Kindern, moos das Jüngste ein Jahr zählt, ward die Ermittlung beschert; nun begann der bekannte Dauerkampf nach einer neuen Unterkunftsstätte, das ermüdende, nervenzermüdende Antiklopfen bei den Hausgefreuten mit dem dazugehörigen großinquistorischen Verhör. Frage 1: Haben Sie Arbeit? Antwort: Nein! Frage 2: Haben Sie Kinder und wieviele? Antwort: Ja, drei; düsteres Gemüht umzieht jetzt die Stirne des Hausgewaltigen und er lehnt den Mieter ab. Trotzdem das Wohlfahrtsamt dem Manne eine schriftliche Bescheinigung darüber ausshändigte, daß es für die Zeit seiner großen Notlage für die Wohnungsmiete aufkaufe, trotzdem der Mann naturgemäß jedem Hauswirt diese Sicherheit dorrwies, ist es ihm in tagelanger Kennerlei, man kann schon beinahe sagen, Bettlei, nicht gelungen, ein Unterkommen zu finden. Es scheint das Ach- und Wehgeschrei der Hauswirte doch nicht so ganz zuzutreffen, weil sie auf der einen Seite nur Kinderlose aufnehmen wollen, auf der anderen Seite die Mietzahlung durch das Wohlfahrtsamt einfach ablehnen. Wohin soll der Mann nun gehen? Die Frau ist schwer ostmalend, sie kann keine Treppe steigen und auch nicht in winzigen Altküchenräumen ohne Luft und Licht haufen, drei Kinder haben das Bedürfnis und vor allem den Anspruch auf halbwegs gesunde Wohnräume und der Raum muß mindestens so groß sein, daß 5 Betten darin Platz finden. In drei Tagen ist Ermittlung, in drei Tagen sitzen fünf Menschen mit all ihrer Habe auf der Straße...

Alles Wasserloch niedergebrannt. Das Rittergut Mittel bei Bauen, durch sein wundervolles Wasserloch weit über Sachsens Grenzen hinaus bekannt, wurde von einem auf Brandstiftung zurückzuführenden Schandfeuer heimgegriffen. Die gesamte Ostseite des Schlosses ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Falschmünzerei blüht.

Falschmünzwerkstatt in Hamburg ausgehoben.

Hamburg, 22. Februar.

Dank der Aufmerksamkeit eines Geschäftsmanns gelang es, eine Falschmünzergesellschaft hinter Schloß und Riegel zu bringen. Bei einem in der inneren Stadt wohnhaften Zigarrenhändler erschien heute ein Mann, der Rauchwaren kaufte und mit einem 20-Mark-Schein bezahlte. Der Geschäftsmann erkannte die Geldnote als falsch und veranlaßte die Festnahme des Betrugsgabers, eines 36jährigen Schlossers. Weiter wurde sein auf der Straße wartender Komplize, ein 39jähriger auf St. Pauli wohnender Schiffshelzer, festgenommen. Beamten der Landesfalschgeldstelle der Hamburger Kriminalpolizei gelang es dann im Verlaufe der Ermittlungen, die Falschmünzwerkstatt in einer in der Dithmarscher-Koel-Straße belegenen Etagenwohnung aufzuspüren. In dieser Werkstatt war ein 36jähriger Mann, der „Kaufmann“, „Reisende“ und „Rohfentimmer“ B., mit dem hergestellten falschen 20-Mark-Noten beschäftigt. Eine Anzahl fertiger Falschnoten wurden gefunden. Das Falschmünzmaterial wurde beschlagnahmt. Verhaftet wurde auch unter dem Verdacht der Mittäterschaft seine Braut.

Ein Berg stürzt zu Tal.

Cochem an der Mosel, 22. Februar.

Der nun schon fast zwei Jahre sinkende Berg bei Cochem, der die ganze Umgebung in Angst hält, ist vom 9. Januar bis 16. Februar um weitere 60 Zentimeter, also insgesamt um acht Meter gesunken. Täglich wird ein Fallen von 2 Zentimetern festgestellt. Tag für Tag lösen sich schwere Felsmassen und stürzen mit donnerartigem Getöse in die Tiefe. Nach dem starken Frost der letzten Tage hat das plötzlich auftretende Tauwetter große Risse verursacht, so daß stündlich das Abfließen des Berges befürchtet werden muß.

Zum letzten Male „Kampf um Kitisch“.

Das Berliner Theater hat gestern das mit großem Erfolg aufgeführte Stück von R. A. Stemmle „Kampf um Kitisch“ zum letzten Male gegeben. Da den Kindern eine weitere Mitwirkung nicht gestattet wird, muß das Stück vom Berliner Spielplan verschwinden. Der Bezirksverband des Bundes der Freien Schulgesellschaften Deutschlands hatte sich zwei Vorstellungen gesichert. Die für Dienstag, den 23. Februar, angelegte Nachmittagsvorstellung kann nun leider nicht stattfinden. Alle bereits gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit für die Vorstellung am Mittwoch, dem 24. Februar, abends 7 Uhr. Preis, wie bisher angegeben, 65 Pfennig einschließlich Garderobe und Theaterzeitel. Karten beim Obmann im Theaterortraum.

Versteigerung des Karlsturms bei Geltow.

Vor dem Potsdamer Amtsgericht wurde der früher dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehörende Karlsturm mit Gelände bei Geltow, allen Touristen wohlbekannt, zwangsversteigert. Das höchste Gebot gab Frau Anna Hesse aus Berlin-Schlachtensee mit 20.000 Mark. Der Vertreter der Erbin des Prinzen legte gegen die Erteilung des Zuschlages Beschwerde ein.

1932 Dieses Jahr kein Katarrh wenn Du **Wobmed** nimmst!
90 u. 45 Pf

Heinrich Hemmer:

Europas unartiger Schüler

Was bedrückt den Bedrückten Japan? Wie erklärt sich die Wahrung im japanischen Volk, die gewisse leitende verleitende Strafe in eine allerdings bereits wesentlich gedämpfte Kriegsbegeisterung umzuwandeln verstanden haben? Wie ist dem schicksalgeschlagenen China gegenüber ein Vorgehen zu begreifen — billigen tut es niemand —, das sich wie ein organisierter sanitischer Raubüberfall ausnimmt?

In der voreuropäischen Ära waren in Japan Hungersnotkatastrophen keine Seltenheit, wie davon in größerem Ausmaß das heutige China und Indien heimgejudet sind, beides Völker mit beschiedeneren Ambitionen. Die Flucht in ostidentale wissenschaftliche Methoden, die unter allen den vollreicheren orientalischen Nationen allein das kleine Japan vorzüglich, systematisch und erfolgreich auf der ganzen Lebenslinie durchgeführt hat, war ursprünglich nicht allein der Angst vor der Ueberlegenheit europäischer Waffen entsprungen, sondern ebensowohl dem inneren Druck durch Ueberbevölkerung und Auflehnung gegen die empfohlenen Kindermordpraktiken. Als wohlthätigster Faktor unter den vielseitigen westlichen Einflüssen ist denn auch die außerordentlich erhöhte Nahrungsbeschaffung durch wissenschaftliche landwirtschaftliche Produktionsmethoden zu buchen. Dreiviertel der Bevölkerung waren und sind noch über die Hälfte: Landarbeiter. Man hat das Kunststück fertig gebracht, auf einem schon immer intensiv kultivierten Ackerboden, nicht größer als der Bayerns, der vor 50 Jahren 36 Millionen ernährte, Brot: d. h. Reis für 63 Millionen zu produzieren — das Quantum ist pro Kopf eher um eine Benigkeit gestiegen. Mit Uebertragung intensiver Bodenbewirtschaftungsmethoden auch auf Korea glaubt man die aus Reis und Fisch bestehende Volksernährung für die nächsten 30 Jahre sicherzustellen. (Die unter staatlicher Leitung stehende Fischereindustrie ist die ergiebigste der Welt.)

Es hebt sich aber der Lebensstandard bei der rasch zunehmenden Industrialisierung, der japanische Arbeiter kann oder will heute nicht wie der Chinese leben, in steigendem Maße wird Brot gebaden, während doch andererseits der Fleisch- und Süßigkeitenkonsum nur 2½ Pfund pro Kopf beträgt und Milch, wer sich diesen Luxus leisten kann, wird in Medizinbottichen verabreicht — die Wünsche steigen, es fehlt das Geld, sie zu befriedigen. Der japanische gelehrte Arbeiter und der Bauer lebt, verglichen mit dem Chinesen oder Indier, schon auf einem gewissen Niveau, er ist ein kultivierter Arbeiter, der die ihm auferlegten (von uns aus gesehen) äußersten Beschränkungen mit sehr viel Würde und mehr oder weniger Geduld trägt. Und das, was für den einzelnen Mann gilt, gilt für den Staat.

Japan ist arm an Bodenschätzen, sehr viel ärmer als irgendeine der großen europäischen Völkerstaaten und nicht weniger ehrgeizig. Woher soll das Geld fließen für Japans soziale und Volks-

erziehungsinstitute, zur Förderung der mangels an Privatkapital meist als Staatsunternehmen gegründeter Industrien ... und das Geld zur Unterhaltung der großen Armee und Marine? Japan ist in hohem Maße abhängig von (teuren) ausländischen Anleihen und der Entwicklung seines Exporthandels. Die Finanzlage Japans hängt (in unwahrscheinlicher Weise) an einem seidenen Schnürchen. Die (hauptsächlich nach dem befeindeten USA.) exportierte gesponnene Seide übersteigt 40 Proz. der Gesamtausfuhr (während die Zollstrafen dieses und anderer Länder die Ausfuhr der schönen Seidenstoffe schwer beeinträchtigen). Und der zweite Hauptexportartikel, die von den Chinesen bogtantierte Baumwolle, ist die Ursache dieses im Friedenszustand geführten chinesisch-japanischen Krieges. Japanische Baumwollspinnereien und -webereien konkurrieren heute auf allen Weltmärkten mit Erfolg, und die Exportziffern sind von drei Viertelmillionen Yen (vor dem Kriege) auf über 400 Millionen gestiegen. Seide und Baumwolle bilden zwei Drittel des japanischen Exports, und dieser zweite, der Wollfaden, ist in den letzten Monaten gerissen — die Ausfuhr nach China fiel von 45 Millionen Yards (1930) auf weniger als eine halbe Million (1931). Unter den Spinnern und Webern von Lancashire herrschte großer Jubel, als Kabelmelungen aus dem Fernen Osten einliefen — und die japanischen Arbeiter wurden abgebaut. Der Baumwollboykott aber nahm seinen Ursprung in Shanghai und verbreitete sich von dort über ganz China, dessen Spinnereien sich über 40 Proz. in japanischen Händen befinden.

Japan ist auf China angewiesen: an der dauernden Feindschaft seiner Hunderte von Millionen würden seine Exportindustrien zugrunde gehen. Will Japan eine Weltmacht bleiben, so muß entweder eine Verständigung mit China gesucht oder China niedergezwungen werden. Weislichere Staatsmänner wie Shidehara haben sich um Chinas Wohlwollen bemüht in der Einsicht, daß heute keine Nation ihr Heil für sich alleine findet und insbesondere China und Japan aufeinander angewiesen sind. Sie haben von Europa auch die letzte Lektion gelernt, daß Kanonenrohre und nationaler Imperialismus nicht hinreichen.

Es gibt aber ein anderes Element in Japan, das gegen friedlichen Internationalismus und für eine starke Hand ist und die nationale Sicherheit auf die altherkömmliche europäische Weise imperialistischer Expansion sucht: bei uns nennt man das reaktionär. China hat durch die an Japan gezahlte Kriegsschuldigung die japanischen Industrien gründen helfen ... warum soll China sie jetzt nicht auch erhalten helfen. Hat nicht China Sorgen genug, Platz für seine verhungerten Toten zu finden und unter den internationalen Kanonenrohren zu einer Nation zu konstituieren? Wie haben die europäischen Völkergroßmächte Bevölkerungs- und Absatzproblem gelöst? Indem sie die Schwächeren eroberten und kolonisierten. Das sind die Argumente eines unartigen Schülers gegen einen Lehrmeister, der sich bereits eines besseren besonnen hat.

Kurt Ludwig Müller:

Wie Goethe bespitzelt wurde

Die Bieder Goethe-Gesellschaft hat im Bereiche der Hofburg ein eigenes staatliches Goethe-Museum eingerichtet. Dort finden wir allerlei wichtige oder nebensächliche oder merkwürdige Sachen, und man muß sich nur wundern, daß so viel zusammengetragen werden konnte, was irgendwie mit Goethe in Beziehung steht. Alle dort sich befindenden Dinge aber sollen uns in diesem Zusammenhang nicht kümmern. Wir wollen unser Augenmerk nur auf einen größeren Schausteller richten, in welchem sich einige Schriftstücke mit großen amtlichen Siegeln befinden, wie sie nur die allerhöchsten Obrigkeitlichen verwenden. Was aber soll Goethe damit zu tun gehabt haben? Er war wiederholt in Oesterreich in Badenort oder auf der Reise nach Italien, doch immer als Privatperson und nie in amtlicher Mission. Wir können den Zusammenhang nur finden, wenn wir uns den Geist der Zeit vor Augen stellen. Es war ein finsterner Geist. Metternich gab ihm das Gepräge, jener Mann, der sich aus Besorgnis vor der Demokratie auch nicht im geringsten an Zeitforderungen und Zeitfortschritte anbequemen wollte. Metternich wirkte auch bestimmend auf die deutschen Verhältnisse. Im Dezember 1787 vertrat er Deutschland auf dem Kongreß in Rastatt, in welchem mit über die Zurückgabe dieser durch Napoleon eroberten Landesteile beraten wurde. Viele erhofften damals die Wiederherstellung des Deutschen Reiches, doch eine solche Lösung war dem Vetter der österreichischen Politik nicht erwünscht. Er stürzte die preußischen Einheitsbestrebungen und begünstigte die Wiederherstellung der vielen kleinen Fürstentümern. Metternichs Feindschaft gegen die Demokratie zeigte sich vor allem in den Maßregeln, die er ergriff, als der Staatsrat Kogebue erdolcht worden war. Damals hat Metternich alle gesetzlichen Freiheiten in unglaublich scharfer Form beschnitten und die innere Unabhängigkeit der Bundesstaaten beschränkt. Die bekannten Karlsbader Beschlüsse brachten die Aufhebung der Pressefreiheit, die Einschränkung der Zensur, die Ueberwachung der Universitäten und der Vorträge der Lehrenden. Es ist klar, daß ein solches strenges Regiment immer bedroht ist und zu seiner Sicherung besondere Vorkehrungen treffen muß. Eine Staatsform, die nicht in der Seele des Volkes verankert ist, erregt die mangelnde Zustimmung durch brutale Gewalt, so wie es der Faschismus in Italien tun muß.

Die Sicherungsvorkehrungen Metternichs wurden einmal auch gegen Goethe angewendet, als er durch Oesterreich reiste. Man sah den Dichter in der Haus-, Hof- und Staatskanzlei in Wien als ein höchst verdächtiges Individuum an, auf das besonders sorgfältig Obacht gegeben werden muß. Daß Goethe der Dichter des Tasso, der Iphigenie und anderer großer Werke war, das konnte trodene Bittoratenweise nicht würdigen, und man sah das auch als Nebenfrage an. Goethe war ja zugleich noch der erste Minister eines deutschen Bundesstaates, dessen Regent ein Herzog Karl August von Weimar war, der als der Urheber jener Bestrebungen im deutschen Fürstentum galt, die eine Bevormundung der deutschen Kleinstaaten durch Oesterreich ablehnten. War man auf den Herzog nicht gut zu sprechen, so übertrug sich das ohne weiteres auf seinen ersten Beamten. Man ließ diesen auf seinen Vermögens- und Kunststreifen unter Aufsicht aller Finnen strengstens beobachten. Die Tatsache, daß er Karlsbad verließ und dann in Italien aufsuchte, genügte, daraus politische Vermutungen abzuleiten. Man ließ Goethe auch in Italien nicht aus dem Auge. Der österreichische Gesandte in Rom hatte besondere Order für peinliche Ueberwachung, die er auch ausübte. Goethe wußte es nicht, daß jener freundliche Herr, der fast täglich mit an seinem Mittagsisch Platz nahm, der deutsche Sekretär des Gesandten

Josef von Hubelitz war, der nur zum Schein mit ihm Eindrücke besprach und Meinungen austauschte.

Die Spitzelien erstreckten sich zugleich mit auf Goethes Briefwechsel, der abgefangen und nach Verdächtigen durchstöbert wurde. Im Hof- und Staatsarchiv in Wien liegt heute noch, wie kürzlich Dr. Alfred Apler in einer Wiener Zeitung berichtet, ein Originalbrief, den die Frau Kat, Goethes Mutter, an ihren Sohn schrieb, der diesem aber nicht ausgehändigt worden ist. Zusammen mit diesem Briefe ging der Bericht des Gesandten über den bisherigen Erfolg der Nachforschungen nach Wien. Darin heißt es: „... Was ich inzwischen von Herrn Goethe in Erfahrung gebracht habe, ist, daß die Briefe, die er an seinen Fürsten geschrieben, unter seiner eigenen Anschrift waren, nämlich: An Herrn Goethe, Geheimen Rat des Herrn Herzogs von Sachsen-Weimar. Er hatte auch einen starken Briefwechsel mit verschiedenen Gelehrten und seiner Mutter in Frankfurt, von welsch letzteren mein deutscher Sekretarius einen Brief in seine Hände bekommen und ich hier befehle. ... Sein Umgang allhier war fast einzig mit deutschen Künstlern. ...“ Dieser Bericht mag in der Wiener Staatskanzlei beruhigend gewirkt, aber sicher auch enttäuscht haben, denn man hatte gehofft, einen Staatsfeind vor sich zu müssen.

Goethe hat alles das, was sich da hinter seinem Rücken abspielte, nicht gewußt und nie erfahren. Wäre ihm jedoch Kenntnis davon geworden, so hätte seine erhabene Größe und ausgeglichene Ruhe diese Dinge sicherlich überhaupt nicht der Beachtung wert befunden, gewisse Menschen wohl aber der Verachtung.

Erna Küsing: Vögel von Celebes

In die heutige Zeit, in der infolge der Wirtschaftslage das Menschenleben so trübt ist und in der im Verlaufe der Jahreszeit die Pflanzen- und Tierwelt nahezu farblos erscheint, plagt als lustiger Farbenfleck eine Ausstellung des Museums für Naturkunde in die, die einzig und allein der Vogelwelt von Celebes gewidmet ist. Diese Farlebensfreude kommt aus eigenen Mitteln des Museums hergestellt werden. Dennoch wäre das wohl kaum Ursache, sich derart ausgiebig mit den Vögeln von Celebes zu beschäftigen. Der Hauptgrund ist, daß dort seit dem Jahre 1930 der deutsche Forscher Gerd Heinrich tätig ist, dessen wissenschaftliche Ausbeute zu uns kommt.

Das Drum und Dran dieser Expedition ist sehr eigenartig. Amerika wollte nämlich gerne ein Exemplar der flugunfähigen Ralle von Celebes haben. Und darum wurde, durch die Verbindungen des Prof. Stresemann, der auch diese Sonderausstellung bewerkstelligte, der Deutsche Gerd Heinrich beauftragt, eine Ralle zu beschaffen. Daraus kristallisierte sich folgender Taubestand: Die Amerikaner geben das Geld und bekommen die flugunfähige Ralle, und die Deutschen geben kein Geld und bekommen die übrige reiche wissenschaftliche Ausbeute. Gerd Heinrich, der namentlich die höheren Gebirge durchstreift, zur Zeit weiß er im Mengfota-Gebirge, ist ein Sommer ganz großen Formats. Und in Celebes gibt es etwas zu sammeln; denn dort herrscht erfreulicherweise extremer Natursehnsucht. Er kann sehr streng gehandhabt werden, weil überhaupt keine Schusswaffen ins Land dürfen. Der deutsche Forscher aber hat eine Schleierlaubnis bekommen; daß er dadurch den Fortbestand der Vögel nicht gefährdet, versteht sich von selbst. Er wird begleitet von seiner Frau und seiner Schwägerin, welche die erlegten Tiere präparieren.

Kon unserem besonderen Celebes-Interesse abgesehen, ist die Berichterstattung durch Vogelzüge, die jetzt im Museum zu sehen ist, eine sehr bemerkenswerte. Ein Teil von Celebes und die weitere Umgebung sind bekanntlich vulkanischer Natur. Durch die Tierwelt jedoch erfahren wir genaueres über die frühere Geschichte des Landes, und die Vögel weisen die einstigen Landverbindungen nach. So sind die Vögel von Celebes nicht identisch mit denen von Borneo. Seit langen, langen Zeiten sind also Celebes und Borneo durch ein Meer getrennt. Anders sieht es mit den Philippinen. Celebes hat nicht nur selbst eine reiche Vogelwelt, es beherbergt auch Zugvögel. So kommen u. a. aus Asien, um dem heimatischen Winter zu entgehen, die auch uns wohlbekannten Pfeifentien und Kricken, und vom Süden kommen australische Vögel nach Celebes, wenn es ihnen daheim zu ungemütlich wird. Runterbunt ist die dortige Vogelwelt, und sie darf sich das ohne Gefährdung erlauben, weil sie in all dem bunten Gesimner nicht auffällt. Dabei bemerkt werden soll, daß unsere bunten Vögel eigentlich alle aus den Tropen stammen. So der Eisvogel, der dort in vielen Arten vertreten ist, ohne daß er als reiner Tropenvogel jemals etwas mit dem Eis zu tun hat. Den Staudak (in Deutschland haben wir nur einen) findet man in Celebes in zehn Arten, von denen drei selbst Nester bauen, während die übrigen sieben Arten genau wie unsere zu den Raufschmarotzern gehören. Fabelhaft leuchtenden Federschuums erfreuen sich die Prachtdrosseln (Bobendögel) und die Fruchttauben. Letztere haben einen ganz kurzen Darm, der besonders für die Fruchtnahrung eingerichtet ist.

Kann man nun aus der Tierwelt auf Geographie und Geologie Rückschlüsse ziehen, so studiert der Wissenschaftler u. a. an der Farbänderung die Wirkung des Klimas auf den Vogel. Das Klima verändert sein Aussehen oft recht augenfällig, das kann der Vögel z. B. an den Fruchttauben ohne weiteres festgestellt, die, je nach ihrem Vorkommen im Norden des Landes einen grünen Rücken, im Zentrum einen grauen Oberrücken und im Süden einen ganz grauen Rücken haben.

So stützt eine Beobachtung die andere, ein Wissensgebiet greift ins andere, und alles weist uns auf das eigene Verbundenheit mit dem All hin.

W. Soboljokor: Schwache Nerven Sowjetrussische Grotteske

Die Gemeinschaftsküche der Kommunalwohnung glück einer Halle. Es herrschte darin eine wahrhaft infernalische Hitze, und die Stelle der Teufel betrat die Hausfrauen.

„Ach, diese Frauen, diese Frauen!“ sagte eines Tages der alte Junggeselle Michael Baltsch, während er sich eine Suppe schaute. „Ihr müßt euch doch immer wieder gegenseitig beschimpfen! Es wäre besser, ihr tätet mal raufen, ihr Frauen, noch besser aber wäre es, wenn ihr untereinander Frieden schließt.“

„Frieden schließen? ... Hier läßt sich nicht so leicht Frieden schließen“, antworteten im Chor die Hausfrauen. „Wir haben nun mal schwache Nerven. Von dem vielen Hungern und dem Ansehen vor den Läden haben wir alle einen Knacks bekommen. ... Und da sagen Sie noch, wir sollten uns vertragen!“

„Ich weiß schon, meine Teufel“, sagte Michael Baltsch und kostete behutsam eine Kartoffel aus der Suppe. „Wir sind alle zermürbt und verzottelt. Versuchen Sie aber dennoch ein altbewährtes Mittel: Wenn sich eine erzürnt, so soll sie ein wenig beiseite gehen und bis hundert zählen. Ein Rezept aus der Zeit unserer Großväter! Man beruhigt sich sofort.“

Und schon war gerade wieder ein Konflikt entstanden. „Rufen Sie Ihre Pflanze frei“, sagte die Hausfrau aus Zimmer 17. „Auch meine Koteletts müssen gebraten werden, weil mein Mann bald kommt.“

„Ich spucke auf Ihre Koteletts...“, widersprach sehr wenig gafffreundlich die Hausfrau aus Zimmer 13.

„Ach, sieh mal an! Du geizhüchlerisches Geschöpf, du Schlinge von einem Mensch...“

„Zählen! Zählen!“ rief man ihnen von allen Seiten zu.

Die beiden Hausfrauen, die schon nahe daran waren, einander in die Haare zu fahren, verflümmten und bezamen zu zählen:

„Eins, zwei, drei, vier, fünf...“

Jetzt war es ganz still am Herd.

„Bierunddreißig, fünfunddreißig, sechsunddreißig...“

„Reunzig, einundneunzig, zweiundneunzig...“

„Hundert!“ hauchte es erste die von Zimmer 13. „Hundert! Und doch werde ich das dieser Hündin nicht vergehen. Ist um ihren Mann besorgt und schießt doch immer noch fremden Männern!“

„Hundert!“ holte sie jetzt die andere ein. „Du ägyptisches Scheusal! Bedeckst ja selber überall mit deinem Kot herum!...“

„Wie — ich? Du elende Bestie! Ich werde dir...“

„Weiterzählen! Weiterzählen!“ mischten sich die übrigen, dem Schlichtstabe fernstehenden Hausfrauen ein. „Die haben keine so starken Nerven wie unsere Großväter, wie sollte da ein Hundert ausreichen!“

„Hunderteins, hundertzwei, hunderdreie...“

„Hundertzweiundachtzig...“, zählte die von Zimmer 17. „Sie entschuldigen schon, meine Damen, mein Blut — hundertzweiundachtzig — siedet schon, am liebsten — hundertzweiundachtzig — wollte ich — hundertzweiundachtzig — diesem Was in die Presse spucken. Hundertzweiundachtzig, hundertzweiundachtzig...“

„Zweihunderteins, zweihundertzwei, zweihundertdrei“, fiel ihr die andere ins Wort, „zweihundertviermal warst du ein Kamel und wirst auch ein Kamel bleiben! Zweihundertfünf, zweihundertsechs...“

„Bierhundertzweiunddreißig, vierhundertdreißig...“ Ich bin kein Kamel — vierhundertvierunddreißig. Aber ich schmiere mir nicht — vierhundertfünfunddreißig — die Frage und die Brauen an — vierhundertsechsendreißig — wie du lieberliches Frauenzimmer...“

„Am liebsten — neunhundertsebenundneunzig — würde — neunhundertachtundneunzig — ich dich — neunhundertneundneunzig — verhauen — tausend!“ Und schon stürzte sie auf die andere los.

Der alte Junggeselle Michael Baltsch nahm seine Kasserolle vom Herd und enifernte sich.

„Die haben allerdings schwache Nerven“, sagte er, in der Tür stehend. „Sehr unruhige Nerven. Solche Nerven bedürfen bereits der höheren Mathematik!“

(Das Deutsche Übertragen von Hans Ruoff.)

„Berlin“ war ursprünglich männlichen Geschlechts. In alten Urkunden wird es stets „der Berlin“ genannt.

Auf Kuba gibt es zwischen dem eben durch ein schweres Erdbeben heimgesuchten Santiago und Kap Cruz ein noch östlich unbekanntes Gebiet, das aus Bergen besteht, in denen die Indianer seinerzeit vor der Grausamkeit der Spanier Zuflucht suchten.

Gestrockene Nahrungsmittel sind weniger wertvoll als frische, weil die für die Ernährung wichtigen Bestandteile bei dem Gefrierprozeß leiden.

Eine historische Bankensanierung.

Die Verluste der Großbanken. — Leistungen und Geschenke des Reichs.

Der 22. Februar 1932 wird in die kapitalistische Wirtschaftsgeschichte als Datum des größten Aktes eingehen, mit dem jemals der Staat in die Wirtschaft eingegriffen hat. Außerlich ein grandioser Akt der Verlustbereinigung, ist der 22. Februar zugleich ein Tag der allerstärksten Ausdehnung des Staates in der Wirtschaft. Das geschah nicht mit dem Willen des Staates — seine gegenwärtigen Vertreter im Reich behaupten das nicht zu Unrecht —, sondern in erster Linie durch die Unzulänglichkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung, der gegenüber die Auswirkungen der internationalen Kreditkrise nur ein sekundäres Moment sind. In dem grandiosen Sanierungsakt fehlen von den sogenannten Großbanken nur die Berliner Handelsgesellschaft und die Reichskredit-Anstalt, die eben eigentlich nicht als Großdepositenbanken anzusprechen sind, wie Danat- und Dresdener, Commerz- und DD.-Bank.

DD.-Bankverluste und ihre Vereinigung.

Beginnen wir mit der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft. Die DD.-Bank wird auch nach der Fusion der Danat- und Dresdener Bank die größte deutsche Bank bleiben. Von den 285 Millionen Kapital werden zwar nur 144 Millionen übrigbleiben, aus den Reserven von 160 Millionen nur 25,2 Millionen. Die neue Dresdner hat ein höheres Kapital. Aber die DD.-Bank hat 2,99 Milliarden fremde Gelder, während die neue Dresdner mit 2,74 Milliarden dahinter zurückbleibt.

Die Verluste der DD.-Bank sind sehr beträchtlich. Sie betragen rund 275 Millionen Mark. Zur Deckung der Verluste werden 23,2 Millionen Betriebsgewinne aus 1931 verwendet, aus den Reserven von 160 Millionen Mark nimmt man dazu 145,6 Millionen, und endlich werden 108 Millionen Mark Buchgewinn aus der Zusammenlegung des Aktienkapitals dazu herangezogen.

Die Kapitalzusammenlegung geschieht in folgender Weise: Die DD.-Bank hat 35 Millionen eigene Aktien schon früher gehabt und 70 Millionen eigene Aktien im Laufe der letzten Monate erworben. Von diesen 105 Millionen eigenen Aktien werden 33 Millionen Mark vernichtet, 72 Millionen Mark bleiben im Besitz der Gesellschaft. Die im Besitz freier Aktionäre befindlichen 180 Millionen Aktien werden im Verhältnis 5:2, das heißt auf 72 Millionen zusammengelegt. Hier ergibt sich dann der gesamte Buchgewinn von 108 Millionen zur Verlustdeckung. Die verbleibenden 72 Millionen eigene Aktien werden zu einem Kurs von 115 Proz. verkauft, wobei sich über den Nennwert hinaus ein Kursgewinn (Agio) von 10,8 Millionen Mark ergibt, der mit dem verbliebenen Referenzrest von 14,4 Millionen die neue offene Reserve der DD.-Bank von 25,2 Millionen bildet. Die DD.-Bank hat in Zukunft also ein Kapital von 144 und eine Reserve von 25,2 Millionen Mark.

Bei der Sanierung der DD.-Bank ist es „am privatwirtschaftlichsten“ zugegangen, das heißt die Verluste werden in erster Linie von den Aktionären getragen, und dem Reich erwachen am wenigsten Lasten daraus. Es scheint so zu sein, daß die Golddiskontbank nur eine vorübergehende Hilfsstellung derart leistet, daß sie 50 Millionen von den 72 Millionen Kapitalerhöhungsaktien zunächst übernommen hat, wobei sich die DD.-Bank den Rückkauf dieser 50 Millionen Aktien der Golddiskontbank vorbehält. Die restlichen 22 Kapitalerhöhungsmillionen sollen nach den Feststellungen des Direktors Wasserhann bereits bei Großkunden der DD.-Bank untergebracht sein.

Reichshilfe auch für die Commerzbank.

Bei der Commerz- und Privat-Bank sind die Verhältnisse durch die gleichzeitig erfolgende Fusion mit dem Barmer Bankverein komplizierter als bei der DD.-Bank; außerdem greift das Reich bei der Sanierung der Commerz- und Privat-Bank schon sehr viel stärker ein, auch mit eigenen Opfern, ohne aber dabei irgendwelche Kontrollrechte zu erhalten!

Die Commerz-Bank hatte ein Kapital von 75 Millionen, davon hatte sie 37,2 Millionen Aktien im eigenen Besitz. Das gesamte Kapital von 75 Millionen wird im Verhältnis 10:3 auf 22,5 Millionen zusammengelegt. Dieser Kapitalrest wird um 57,5 Millionen auf das neue Aktienkapital von 80 Millionen Mark erhöht. Von den 57,5 Millionen Kapitalerhöhungsaktien geben nominal 45 Millionen zu einem Kurs von 115 Proz. an die Golddiskontbank, die 51,75 Millionen an die Commerz- und Privat-Bank einzahlt, 12,5 Millionen Aktien werden reserviert für den Umtausch der Aktien des Barmer Bankvereins. Bei dem Verkauf der 45 Millionen Aktien zum Kurs von 115 Proz. ergibt sich ein Agio von 6,75 Millionen, das dann der Grundstock für die neuen Reserven bei der Commerz-Bank ist. Diese Reserve von 6,75 Millionen wird mit einem Betrag von 23,25 Millionen vom Reich durch die Ueberlassung von unverzinslichen Reichsschahenweisungen auf die endgültige Commerz-Bank-Reserve von 30 Millionen aufgeführt. „Für alle Fälle“ überläßt das Reich der Bank noch 16,75 Millionen Schahenweisungen als Notreserve.

Das Reich ist aber auch noch in einer anderen Form an der Commerz-Bank beteiligt. Die 37,2 Millionen eigenen Aktien sind zum Kurs von 100 Proz. vom Reich übernommen worden; das Reich hat dafür verzinsliche Reichsschahenweisungen gegeben.

Bei der Commerz- und Privat-Bank zeigt sich folgendes Ergebnis: Gesamtverluste 106 Millionen Mark, davon bei Wertpapieren und Beteiligungen 13,6, Bankbeteiligungen 3,5 und Debitoren 89,4 Millionen. Diese werden gedeckt aus dem Betriebsüberschuß, aus dem Buchgewinn bei der Herabsetzung des Kapitals und aus den aufgelösten Reserven. Das Reich bzw. die Golddiskontbank tragen vorerst folgende Lasten: aus den übernommenen 37,2 Millionen Aktien, die auch im Verhältnis 10:3 zusammengelegt werden, hat das Reich einen Verlust von 26,1 Millionen Mark auf sich zu nehmen. Das Reich liefert ferner 23,25 Millionen unverzinsliche (?) Schahenweisungen für die Auffüllung der offenen Reserve und außerdem 16,75 Millionen Schahenweisungen für die stille Notreserve. Diese rund 40 Millionen Schahenweisungen sollen vor der Verteilung einer Dividende jährlich mit 15 Proz. vom Reingewinn getilgt werden. Die Golddiskontbank stellt für die vorläufig übernommenen 45 Millionen Aktien zum Kurs von 115 Proz. 51,7 Millionen Mark zur Verfügung. Insgesamt übernimmt die öffentliche Hand bei der Commerz-Bank Verpflichtungen von rund 129 Millionen Mark.

Die Danat-Dresdner-Fusion.

Aus der Verschmelzung der Danat und der Dresdner Bank wird die zweitgrößte deutsche Bank hervorgehen, soweit die fremden Gelder in Frage kommen, aber die größte hinsichtlich des eigenen Kapitals. Da der Einfluß der freien Aktionäre sehr gering ist, wird man bei der neuen Dresdner — der Name Darmstädter und Nationalbank wird verschwinden — von einer großen staatlichen Industrie- und Handelsbank sprechen können. Die Danat hatte 60 Millionen Kapital, die Dresdner Bank 100 Millionen (dazu 300 Millionen Vorzugsaktien des Reichs); die neue Dresdner wird ein Aktienkapital von 220 Millionen Mark haben. Die Danat hatte 60 Millionen Mark Reserven, die Dresdner 34 Millionen, die neue Dresdner hat zunächst nur 30 Millionen Mark offene Reserven.

Aktienkapital und Reserven der Danat mit zusammen 120 Millionen sind vollständig verloren. Aber das Reich ist großmütig und will die Aktionäre der Danatbank nicht vollständig ausfallen lassen. Die freien Aktionäre der Danat, auf die von dem 60-Millionen-Kapital noch 25 Millionen entfielen (35 Millionen waren eigene Aktien der Bank), bekommen im Verhältnis 10:3 neue 7,5 Millionen Dresdner-Bank-Aktien als Schmerzensgeld vom Reich geschenkt. Man muß die Großzügigkeit des Reichs, dessen Bürokratie sich gar nicht genug entschuldigen kann für die Eingriffe des Staates, wahrlich bewundern.

Die ausgewiesenen und abgeschrieben Verluste bei Danat und Dresdner Bank betragen 253 Millionen Mark. Die Verluste werden gedeckt aus der Zusammenlegung von 67 Millionen Mark Dresdner-Bank-Aktien im Verhältnis von 10:3 mit einem Betrage von 46,7 Millionen, aus dem Buchgewinn der ebenso zusammengelegten 25 Millionen Danat-Bank-Aktien mit 17,5 Millionen, aus 4 Millionen offenen Reserven (von 34) der Dresdner Bank, aus dem Aufbrauch sämtlicher 60 Millionen Reserven der Danatbank, aus der Bereitstellung von 7,5 Millionen Dresdner-Bank-Aktien durch das Reich und aus einem Reichsopfer von 100 Millionen Mark durch Umwandlung der 300 Millionen Vorzugsaktien in 200 Millionen Stammaktien der Dresdner Bank.

Diese 100 Millionen Mark sind das erste große und sichtbarste Opfer, das vom Reich bei der Sanierung der Danatbank auf Kosten des Steuerzahlers gebracht wird. Die 300 Millionen Vorzugsaktien waren nämlich der Gegenwert für 300 Millionen Mark Schahenweisungen, die der Danatbank zur Stärkung ihrer Mittel überwiesen worden waren. Diese 300 Millionen Schahenweisungen hat das Reich voll zu bezahlen, es erhält aber dafür nur 200 Millionen Mark Stammaktien und den Dividendenanspruch auf diese Aktien.

Damit sind die Leistungen des Reichs für die Dresdner aber noch lange nicht zu Ende. Von seinen 200 Millionen Aktien übergibt das Reich der Golddiskontbank rund 20 Millionen, wofür der Gegenwert wiederum der Dresdner Bank zulieft. Außerdem stützt das Reich aus eigenen Mitteln noch die Reserven der Dresdner Bank (Notreserven) mit einem Betrage von wahrscheinlich weit mehr als 100 Millionen Mark, für die wie bei der Commerz- und Privatbank vor der Verteilung eines Gewinnes an die Aktionäre eine jährliche Tilgung mit 15 Proz. des Reingewinnes vorgesehen ist.

Die Reichsgarantie für die Danat kommt bei Inlandsgläubigern jetzt in Wegfall; für Auslandsgläubiger bleibt sie aufrechterhalten. Freilich hat die neue Dresdner jetzt Reserven wie keine andere Bank.

Das Ausmaß der Staatshilfe.

Das Reich opfert für die neue Dresdner unmittelbar:

100	Millionen aus der Vorzugsaktien-Umwandlung
50	„ Gegenwert aus eigenen Dresdner Bank-Aktien
7,5	„ Dresdner Bank-Aktien für Danat-Aktionäre
15,7	„ Zusammenlegungserlös d. Reichs-Kredit-AG.
20,0	„ zur Abfindung beim Personalabbau

Zuf. 193,2 Millionen verlorene Zuschüsse

Das Reich fällt Reserven auf, woraus eine Tilgungsverpflichtung der Banken besteht, und zwar:

30,0	Mill. Schahenweisungen Dresdner Bank
100,0	„ „ Notreserve der Dresdner Bank als Bereitschaftskredite der Dresdner Bank
60,0	„ „ „
26,0	„ Zusammenlegungserlös aus 37,2 Mill. Commerzbank-Aktien
23,2	„ Offene Reserve Commerzbank
16,8	„ Ausgleichsreserve Commerzbank

Zuf. 256,0 Mill. Schahenweisungsverpflichtungen

Die Golddiskontbank wendet auf:

57,5	Millionen für 50 Millionen DD.-Bank-Aktien
51,7	„ „ 45 „ Commerzbank-Aktien
50,4	„ „ 48 „ Dresdner Bank-Aktien
15,0	„ „ 13 „ Adco-Aktien

Zuf. 174,6 Millionen für Uebernahme von Bankaktien

Nimmt man den Aktienwerb des Reichs bei der Dresdner Bank hinzu, so ergibt sich eine Staatshilfe des Reichs zur Sanierung des Bankwesens von rund 800 Millionen Mark. Hierauf werden freilich nur zum Teil Barzahlungen geleistet; zum anderen handelt es sich größtenteils um Kapitalanlagen, für die Dividendenansprüche entstehen.

Die Personen- und Personalfragen.

Was die Leitungen und die Kontrolle der Banken anbelangt, so wird die DD.-Bank offenbar ohne jegliche staatliche Kontrolle bleiben, obwohl zunächst von der Golddiskontbank 50 Millionen neue Aktien in der besagten Weise übernommen sind und ein Kontrollanspruch bestehen würde. Für unmöglich halten wir es, daß bei den starken Leistungen des Reichs für die Commerz- und Privatbank auch hier selbst eine Aufsichtsratsvertretung des Reichs nicht in Frage kommen soll. Hier opfert das Reich bares Geld, übernimmt die Golddiskontbank 45 Millionen Aktien und sind

aus dem Gewinn 23 bzw. 40 Millionen Reichsoorschüsse zu tilgen. Gegen das Interesse des Steuerzahlers hier auf eine Kontrolle zu verzichten, ist unverantwortlich.

Personenfragen müssen für die Vorstandsbefugung bei der neuen Dresdner Bank geregelt werden. Die Leitung der Dresdner Bank wird Direktor Ritscher von der Reichskredit übernehmen. Von der Danatbank soll Bodenheimer herüberkommen und außerdem ein Stab jüngerer Direktoren. Jakob Goldschmidt scheidet aus. Das Reich dürfte durch Staatssekretär Bergmann im Vorstand vertreten bleiben. Ueber die Befugung des Aufsichtsrates ist noch nichts bekannt, selbstverständlich, daß hier die Majorität beim Reich liegen muß.

Außerordentlich bedeutsam sind die Personalfragen. Den Bankangestellten droht, besonders bei der neuen Dresdner Bank und durch die Zusammenfassung der Zentralen und die teilweise Zusammenlegung der Filialen eine neue Abbaumelle. Die Danatbank hat im vergangenen Jahre 1500 Angestellte abgebaut. Von der Regierung und den Banken hört man die wohlmeinendsten Beteuerungen, daß mit äußerster Rücksichtnahme vorgegangen werden soll. Bedeutsamer ist schon die Tatsache, daß das Reich den Betrag von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat, um Abfindungen zu zahlen. Aber auch solche Abfindungen ändern nichts an der Erzeugung neuer Arbeitslosigkeit, die jetzt eintritt und an dem schmerzlichen Los, das Tausende von Angestellten jetzt wieder zu erwarten haben. Es muß alles daran gesetzt werden, zu verhindern, daß nicht jetzt Personal entlassen wird, das man durchhalten könnte, und das man später braucht. Den Bankangestellten wird heute eine Arbeit zugemutet, die über Menschenkraft geht, und es ist die Pflicht des Reichs, dafür zu sorgen, daß die Interessen der Aktionäre nicht den sozialen Reichspflichten vorangestellt werden.

Kapitalerhöhung der Golddiskontbank.

Reichsbank und Golddiskontbank spielen bei der Bankensanierung eine große Rolle. In erster Linie übernehmen sie neue Aktien. Der Reichsbank sind Beteiligungen verboten. Die Golddiskontbank muß deshalb ihr Kapital erhöhen. Diese Erhöhung ist um 200 auf 400 Millionen Mark vorgesehen.

Von der Golddiskontbank sind 45 Millionen Commerz- und Privatbank-Aktien direkt übernommen, 50 Millionen neue Dresdner-Bank-Aktien indirekt über das Reich, vorläufig 50 Millionen neue DD.-Bank-Aktien bis zur Rückerwerbung durch diese, und endlich 13 Millionen Aktien der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, die auch vom Reich reorganisiert werden soll. Wir wiederholen, daß eine entsprechende Vertretung der Reichsbank bzw. des Reichs in den Aufsichtsräten aller Gesellschaften, von denen die Golddiskontbank Aktien übernimmt, unbedingt erfolgen muß.

Hier wird auch eine andere Frage in hohem Maße aktuell, und das ist die gesetzliche Reformierung des Generalrats. Die Reichsbank ist die Herrin der Golddiskontbank, in der die neuen Bankbeteiligungen vermaßt werden. Die Reichsbank selbst wird kontrolliert und zum Teil verwaltet vom Generalrat, der fast ausschließlich aus Vertretern jener Banken besteht, die die Bankensanierung kontrollieren in der Reichsbank also sich selbst. Dieser Zustand ist heute noch unhaltbarer als er es jemals war.

Schlußbemerkungen.

Die Sanierung der Banken ist ein großes Werk. Sie wird sicher, nachdem sie mit einheitlichem Willen und offenbar unter gründlicher Bereinigung der Verluste durchgeführt worden ist, in Deutschland Vertrauen erwecken. Sie wird auch im Ausland einen großen Eindruck hinterlassen und das Vertrauen des Auslandes stärken. Aber diese Sanierung ist nicht nur ein wirtschaftlicher Akt, sondern auch ein politischer. Das neue Vertrauen kann wieder zerstört werden, wenn der Staatsbürger in Deutschland das Empfinden hat, daß er als Steuerzahler zu großen Opfern und zur Uebernahme unabsehbarer Risiken veranlaßt wird, der Staat aber, der nur im Auftrage des Steuerzahlers handelt, in der Wahrnehmung der Kontrolle jene Sorgfalt vermissen läßt, die er dem Staatsbürger und Steuerzahler schuldig ist. Nur mit größter Sorge kann man beobachten, wie die persönliche privatwirtschaftliche Einstellung der Verantwortlichen zur Vernachlässigung der Kontrollpflicht führt, die eine Amtspflicht ist wie jede andere. Wenn der Staat zu kaufmännischen Geschäften gezwungen wird, weil die private Wirtschaftsführung versagt, dann hat der Staat als Kaufmann zu handeln. Tut er das nicht, so macht er sich lächerlich, nicht nur vor dem Inland, sondern auch vor dem Ausland, und er gefährdet das Vertrauen, das er mit seiner wirtschaftlichen Sanierungsaktion herbeiführen will. Und er gefährdet nicht nur das Vertrauen, sondern er gefährdet auch die Finanzen des Reichs, die jetzt in so gewaltigem Umfang in Anspruch genommen werden.

Bierstreik ab Donnerstag?

Eine Funktionärskonferenz des Berliner Gastwirts-gewerbes hat mit 236 gegen 81 Stimmen den Bierstreik gegen die Auffassungen der Spitzenorganisation für den Fall beschlossen, daß bis Donnerstag nicht feststeht, daß die Biersteuererhöhung zu einem früheren Zeitpunkt als dem 1. April erfolgt.

Der sächsische Gastwirtsverband fordert ebenfalls eine sofortige Senkung der Reichsbier- und Gemeindegetränksteuern. Andernfalls werde der Bierauschank in Sachsen eingestellt.

Die Schweiz senkt den Butterzoll.

Die Schweiz hat jetzt, obwohl sie selbst ein Butterland ist, mit Rücksicht auf die allgemein gefährlichen Wirkungen der Verteuerung der Lebenshaltung den Butterzoll um 30 Franken je 100 Kilo ermäßigt. Die Butterverteilung in Deutschland wird immer katastrophaler. Der Landwirtschaft bringt sie so gut wie nichts. Auch in Deutschland sind die Butterzölle zu senken.

